

PROTOKOLL

über die 50. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 29. Nov. 1984, 14.00 Uhr. Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14. Uhr

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger
Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsel
Rudolf Steinmaß
Manfred Wallner
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Heumann
Karl Hochrathen
Helmut Hanzlik
Karl Holub
Rupert Humer
Dr. Kurt Keiler
Wilhelm Kern
Walter Köhler
Herbert Lang
Ottilie Liebl
Johann Manetsgruber
Franz Mayr
Ernst Platzer
Erna Probst
Radler Josef
Friedrich Reiser

Franz Rohrauer

Erich Sablik

Ernst Seidl

Ing. Othmar Schloßgangl

Franz Steinparzer

Otto Tremel

Dkfm. Mag. Zagler Helmut

VOM AMT:

Magistratsdirektor Oberse-
natsrat Dr. Franz Knapp
Kontrollamtsdirektor Ober-
amtsrat Alfred Eckl
Dr. Kurt Schmidl
Magistratsdirektor-Stellver-
treter Mag. Johann Rabl
VOK. Heinz Ruckerbauer
Direktor der Stadtwerke
TOAR. Ing. Wolfgang Wein
OAR. Helmut Riedler
OAR. Kerbl Walter

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.
Dr. Gerhard Alphasamer
VB. Winklmayr Eveline

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS.
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

BESCHLÜSSE DES STADTSENATES:

- | | |
|---------------|--|
| Ha-6391/84 | Verein "Ferienheim der Oö. Gemeindebediensteten"; Subvention zur Führung des Ferienheimes in Bad Aussee. |
| ÖAG-797/75 | Kaufvertrag vom 18. Aug. 1976 - Ehegatten Mülle - nachträgliche Bezahlung der Grunderwerbssteuer. |
| Bau 5-5400/84 | Installierung einer Warmwasserverbindungsleitung vom Neu- zum Altbau des Zentralaltersheimes. |
| En-6272/83 | Herstellung Straßenbeleuchtung Wolferner Landesstraße - III. Teil. |
| Bau5-1701/77 | Mehrzweckhalle Münchenholz; Dachsanierung. |
| Bau3-1251/84 | Vermessungstechnische Arbeiten im Bereich des Laichbergweges. |
| GHJ1-6360/84 | Ankauf eines Kopiergerätes für das Standesamt |
| GHJ2-6510/84 | Tischlerarbeiten in der städt. Zentralbücherei. |
| GHJ2-5799/84 | Dukartsstraße 27; Fassadeninstandsetzung. |
| FW-6292/84 | Ankauf von Winterreifen für Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. |
| Ha-5961/84 | ATSV Vorwärts Steyr; a.o. Subvention anlässlich des 75jährigen Bestandsjubiläums. |
| Bau5-1660/84 | Hort Resthof; Bewilligung einer Kreditüberschreitung. |
| GHJ2-6577/84 | Sierninger Straße 77; Neuherstellung der Gartenmauer. |
| San-7161/84 | Deckung des Mietzinsausfalles für die Arztpraxis am Resthof. |
| Ha-1479/84 | Verein Arbeitslosenselbsthilfe Steyr; Subventionsansuchen. |

GHJ1-7164/84	Ankauf von Deckeln für den Speisentransportkoffer.
SH-5660/84	Weihnachtsaktion 1984 zugunsten bedürftiger Pensionisten und Rentner.
SH-5661/84	Weihnachtsaktion 1984 für die Bezieher einer laufenden Sozialhilfe.
Ges-6610/84	Umweltschutzbeirat; Ankauf eines Handfunkgerätes.
Wa-3304/67	Pegel Ortskai; Fernaufzeichnung in Zwischenbrücken; Ersatzteilbeschaffung.
GHJ2-5677/84	Öffentliche WC-Anlage Promenade; Instandsetzungsarbeiten.

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

1. ÖAG-6896/82 Mülllieferungsübereinkommen; erste Nachtragsvereinbarung.
2. GHJ2-6616/83 Herbergsordnung für die städt. Jugendherberge.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

3. Pol-5864/79 Erweiterung der Tarifordnung für den Stadtsaal Steyr.
4. Bau6-3099/78 Errichtung des Ennsdükers I samt Pumpwerk C; Versorgung mit elektrischer Energie; Ansuchen um Zustimmung zur Vergabe und Vorfinanzierung für den RHV.
5. Bau5-877/84 Errichtung eines Feuerwehrdepots; Leasingfinanzierung.
6. Ha-4000/83 Nachtragsvoranschlag 1984.
7. Präs-977/84 Verbesserung der Beförderungsrichtlinien.
8. Pers-990/84 Bmsstr. Ing. Franz Bischof - Pensionszuschuß.
9. Präs-774/84 OÖ. Lustbarkeitsabgabeordnung; Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung, der Ankündigungsabgabeordnung, der Hundeabgabeordnung, der Anzeigenabgabeordnung und der Fremdenverkehrsabgabeordnung sowie die neue Gemeinde-Getränkesteuerordnung.
10. ZL. 5209/48 Anlage zur Dienstvorschrift betreffend die allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Ausführung des Voranschlages; Änderung
11. Ha-2388/76 ABA BA 03 Steyr und Umgebung; Förderung durch das Land OÖ. - Baureferat.
12. Ha-2388/76 ABA BA 03 Steyr und Umgebung; Förderung durch das Land OÖ. - Gemeindereferat.
13. Bau3-3269/82 Beitrag zu den Kosten der Herstellung der Gehsteige öffentlicher Verkehrsflächen.
14. Ha-6502784 Österr. Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Personalkostenzuschuß.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

15. Ha-3841/79 Kirchliche Ensembles in Steyr; Außenrestaurierung Stiftskirche Gleink und Stadtpfarrkirche; Ha-6342/80 Innenrestaurierung "Christkindl".
Hä-2656/82

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

16. SH-3151/84 Verpflegungskostensätze; Überprüfung bzw. Neuberechnung.
17. Bau5-5400/84 Zentralaltersheim Steyr; weitere Umbaumaßnahmen; Vergabe von Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

18. ÖAG-4311/84 Ankauf Müllsammelfahrzeug.
Städt. Wi-Hof

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

19. Pol-5426/84 Verordnung betreffend Schutz der Bevölkerung vor störendem Lärm.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

20. ÖAG-5015/84 Stadtwerke Steyr; Jahresbilanz 1983.
Stadtwerke
21. ÖAG-6216/76 Erdgasliefervertrag - vertragliche Preisvereinbarung für die Jahre 1985 und 1986; Stadtwerke Vertragsänderung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

22. ÖAG-1624/84 Herstellung der Grundbuchsordnung im Bereiche Zehetnerstraße, Glinsnerstraße und Löwengutweg.
23. Ge-3140/81 Marktordnung der Stadt Steyr; Novellierung; "Christkindl- bzw. Weihnachtsmarkt".
24. Bau2-1124/82 Bebauungsplan "Enners Straße Nr. 46".
25. Bau2-1125/82 Bebauungsplan Nr. 47 - Stein.
26. Bau2-327/83 Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

27. Bau5-877/84 Errichtung eines Feuerwehrzeughauses in Münichholz - Grundankauf.

28. ÖAG-6790/84 Verkauf eines Industriegrundstückes an der
Wolferner Straße an Alois Puchner.
29. Wa-4125/73 Mülldeponie der Stadt Steyr in der KG Gleink,
Liegenschaft EZ. 157, KG Gleink, Familie Stein-
kogler.
30. ÖAG-3490/84 Dr. Eduard Fellingner; Ansuchen um Grundver-
kauf (Tröschberggut).
31. GHJ2-2746/82 Haratzmüllerstraße 37; Fenstererneuerung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich darf die Gemeinderäte Heumann und Hochrathen um die Übernahme der Protokollprüfung bitten. Die Zustimmung ist von beiden Funktionären gegeben. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Herr Stadtrat Karl Feuerhuber und Herr Gemeinderat Schuster. Kollege Feuerhuber befindet sich nach einer schweren Operation noch im Krankenhaus. Herr Gemeinderat Schuster ist bereits aus dem Krankenhaus entlassen und befindet sich in häuslicher Pflege. Beiden geht es den Umständen entsprechend gut. Ich darf von beiden dem Gemeinderat die herzlichsten Grüße und Wünsche übermitteln.

Meine Damen und Herren, Anfragen liegen mir nicht vor. Punkt 2 ist damit auch erledigt.

Punkt 3 sind die Mitteilungen des Bürgermeisters. Hier darf ich doch einige Ereignisse, die sich in der jüngsten Zeit ergeben haben, kurz mitteilen.

Wie immer liegt ein Bericht des Arbeitsamtes Steyr vor, aus dem herauszulesen ist, daß Ende Oktober 1984 1.612 Personen beim Arbeitsamt Steyr vorgemerkt waren. Es waren 789 Männer und 823 Frauen. Gegenüber dem Vormonat September ist ein Rückgang von 32 Vorgemerkten zu verzeichnen. Weiterhin positiv entwickelt sich die Situation bei den gemeldeten offenen Stellen. In der Bauwirtschaft hat sich die günstige Witterung im heurigen Herbst

auf die Arbeitsmarktsituation positiv ausgewirkt. Im übrigen, meine Damen und Herren, haben in der letzten Zeit verschiedene wichtige Kontaktnahmen mit Politikern stattgefunden. Am 15. 11. 1984 erfolgte meinerseits eine Vorsprache bei Sektionschef Dr. März vom BM für Unterricht und Kunst. Dabei konnte der Bund nach längeren Verhandlungen bewogen werden, seinen Finanzierungsbeitrag für den Mehrzwecksaal Wehrgraben zu erhöhen. Bisher hat der Bund für den Mehrzwecksaal Wehrgraben vertragsmäßig eine finanzielle Leistung von S 4,8 Mio. zugesichert, die zum Teil schon erfüllt worden sind. Es wurde nunmehr eine Nachtragsvereinbarung in Aussicht gestellt, wonach die Stadt mit ungefähr weiteren S 2 Mio. rechnen kann. Als Gegenleistung dafür räumt die Stadt dem Bund während des Tages für Schulen ein weitergehendes Benützungsrecht ein. Seitens der Stadt haben wir auch zugesichert, bei den in Gang befindlichen Grundeinlösen zum Ausbau der HTL einen finanziellen Beitrag von etwa S 300.000,- zu gewähren. Bei einer Gegenüberstellung der beiden Leistungen ergibt sich zweifellos ein eindeutiger Saldo zugunsten der Stadt. Die Mehrbenützung für den Turnunterricht während der Tageszeit beeinträchtigt den Mehrzwecksaal im Wehrgraben in keiner Weise, weil ja die Benützung der Stadt in erster Linie und vorwiegend in den Abendstunden vorgesehen ist. Bei dieser Gelegenheit kann ich bereits mitteilen, daß die feierliche Eröffnung am 17. 12. 1984 vormittags stattfinden wird. Hierzu wird selbstverständlich der gesamte Gemeinderat eingeladen. Dazu wird aber eine gesonderte Einladung ergehen.

Am 21. 11. 1984 haben sich die Mitglieder des Stadtsenates und die Fraktionsobmänner, soweit sie nicht Mitglieder des Stadtsenates sind, von der planmäßigen Entwicklung des BMW-Motorenwerkes an Ort und Stelle überzeugen können. Es handelte sich um eine Einladung seitens der Direktion des BMW-Motorenwerkes. Es fand eine Aussprache mit Herrn Generaldirektor Büchelhofer statt. Die anschließende Werksbesichtigung hat sicherlich auf alle Teilnehmer einen positiven und nachhaltigen Eindruck gemacht. Der Beschäftigtenstand liegt gegenwärtig bei 1.400 Personen und Generaldirektor Büchelhofer hat den Anlaß genutzt,

das Problem der 60%-Klausel neuerlich zur Sprache zu bringen. Es wurde ihm mitgeteilt, daß eine definitive Entscheidung dieser Frage sowie auch der seinerzeitige Vertrag wiederum nur durch einen Gemeinderatsbeschuß erfolgen kann und es wurde seitens des BMW-Werkes zum wiederholten Male versichert, in erster Linie in Steyr wohnhafte Arbeitskräfte einzustellen. Die Anzahl der Arbeitskräfte der Umlandregionen liegt derzeit bei rund 64 %, die Anzahl der Steyrer hat noch nicht die 60%-Grenze erreicht. Die Absicht, Steyrer einzustellen - so wird von der Direktion mitgeteilt - stößt auf nicht unerhebliche objektive Schwierigkeiten. Der jetzige Entwicklungsstand des Unternehmens bedingt hier gewisse Einschränkungen. Laut Generaldirektor Büchelhofer werden vorwiegend Spezialisten benötigt und in diesen Fällen kann naturgemäß nicht in erster Linie auf den Wohnort Rücksicht genommen werden.

Am 22. 11. 1984 fand in Linz die diesjährige Wohnbautagung statt, an der Herr Stadtrat Zöchling und die beiden Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr teilgenommen haben. Im Vordergrund der Tagung stand die Erläuterung des neuen Wohnbauförderungsgesetzes 1984 und die Verordnungen, mit deren Erlassung in diesem Zusammenhang zu rechnen ist. Besonders eindrucksvoll waren die Ausführungen der Wiener Architekten über die bewohnorientierten Stadterneuerungen. Die wesentliche Aussage bestand darin, daß die Stadterneuerung nicht auf die Architektur reduziert werden darf, sondern daß parallel zu den baulichen Erneuerungen soziologische erfolgen müssen. Diese Aussagen sind sicherlich für uns als Steyrer nicht unbedeutend, weil sie die Art der Wehrgrabensanierung in jeder Hinsicht bestätigen. Es wäre nicht richtig, nur an die Ansiedlung eines Museums zu denken, ohne in der näheren Umgebung auch den entsprechenden Wohnraum zu schaffen.

Am Freitag, dem 23. 11. 1984, hatte ich Gelegenheit, einen Besuch bei Landeshauptmann Dr. Ratzenböck abzustatten. Ich möchte das Ergebnis dieses Besuches kurz zur Kenntnis bringen.

Der Herr Landeshauptmann nahm zu r Kenntnis, daß es aus der Sicht der Stadt sinnvoll wäre, wenn auch für das Arbeitsmuseum die Planungsgruppe Wehrgraben - es handelt sich hier um die Architekten Stelzer, Rutter und Falkner - herangezogen würde. Herr Landeshauptmann Ratzenböck ist dieser Auffassung grundsätzlich beigetreten. Er hat allerdings gebeten, für die Innenausgestaltung die Beiziehung der Kunsthochschule unter Architekt Goffitzer zu ermöglichen. Die näheren Verhandlungen in diesem Zusammenhang werden noch mit der zuständigen Kulturabteilung des Landes zu führen sein. Ich habe auch bezüglich einer allfälligen Übersiedlung des Strafrechtsmuseums von Scharnstein nach Steyr meine Vorstellungen dem Herrn Landeshauptmann dargebracht. Es wurde von mir deponiert, daß im Falle einer Aussiedlung dieses Museums in Scharnstein die Stadt Steyr bereit wäre, dieses Museum hier in Steyr aufzunehmen. Das Gespräch wurde in der Richtung geführt, daß mir Herr Landeshauptmann eine Prüfung zugesichert hat in dieser Richtung, daß allerdings das letzte Wort in diesem Zusammenhang noch nicht gesprochen ist. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß man seitens des Landes eher den Willen hat, durch Förderungen des derzeitigen Standortes diesen Standort beizubehalten. Es wird aber im Laufe des nächsten Jahres noch weitere Verhandlungen geben.

Ich habe auch in Sachen Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG mit dem Herrn Landeshauptmann verhandelt und wir haben neuerlich die verschiedenen Auffassungen der finanziellen Förderung behandelt. Diese unterschiedlichen Auffassungen beruhen offensichtlich auf anderen gesellschaftspolitischen Auffassungen. Immerhin sicherte uns Herr Landeshauptmann zu, eine finanzielle Beteiligung des Landes in der Weise vorzunehmen, daß rund 10 % des unternehmensbezogenen Bedarfes des Werkes ge-

fördert wird, d.h., daß hier seitens des Landes mit einer Beitragsleistung von etwa S 2.000.000,-- bis S 2.500.000,-- zu rechnen sein wird. Wir werden das Problem sicherlich noch in unserer Budgetdebatte verhandeln können, weil wir ja im Budget für 1985 hier einen Förderungsbeitrag vorgesehen haben.

Letztlich habe ich auch versucht auf die Neubesetzung des demnächst frei werdenden Direktors der Landesmusikschule Einfluß zu nehmen. Herr Prof. Nones, der langjährige Leiter der Landesmusikschule Steyr, wird mit Ende dieses Jahres in Pension gehen. Herr Nones hat sich bereit erklärt, die Stadtkapelle vorläufig weiterzuführen. Es war aber in Steyr bisher immer so und es ist auch zweckmäßig, daß die Musikschule und die Stadtkapelle von einer Person geführt werden, weil hier die Beziehung zur Blasmusik durch den Musikschulleiter sicherlich besser gewährleistet ist. Es ist unbedingt erforderlich, diese zwei Positionen in einer Hand zu haben. Es ist daher unsererseits erforderlich, Möglichkeiten zu suchen, neuerlich eine Person für die Betrauung dieses Postens zu finden, die sich positiv zur Blasmusik stellt und diesem besonderen Bereich der Musik einen besonderen Stellenwert zukommen läßt. Der Blasmusik kommt ja nicht nur im ländlichen Raum immer größere Bedeutung zu. Der Landeshauptmann hat für dieses Vorbringen der Stadt Verständnis gezeigt, es wurde auch ein personeller Vorschlag von einem Bewerber seitens der Stadt hier vorgetragen.

Gestern, am 28. 11. 1984, ist in Begleitung von mehreren Beamten der Besuch von Herrn Landesrat Winetzhammer abgewickelt worden, bei dem regionale und überregionale Straßenbauvorhaben erörtert wurden. Dieses Gespräch hat sich im einzelnen mit der Nordspange befaßt. Alle bisher diskutierten Varianten sahen den Anschluß der Nordspange an die künftig zu errichtende S 37 vor. Da hier die Errichtung der S 37 auf Schwierigkeiten stößt, hat die Stadt Steyr weitere Varianten ausarbeiten lassen, welche das Grundwasserschongebiet in wesentlich geringerem Maße berührt. Seitens der Vertreter des Landes wurde die Meinung vertreten, daß eine Berücksichtigung dieses Umstandes erst möglich ist, wenn die Ersatzstraße für die S 37 im Bundesstraßengesetz aufgenommen ist. In dieser Frage steht Stadt und Land zwischen verschiedenen Auffassungen. Immerhin wurde aber dann zugesichert, bei den weiteren Planungsmaßnahmen auf die zuletzt von der Stadt gemachte Lösung Rücksicht zu nehmen.

In der weiteren Folge wurden die Bauvorhaben Bad I und Steinfeld III besprochen und es ist nach der Lage der Dinge in beiden Fällen mit einer Realisierung in absehbarer Zeit zu rechnen. Es wird uns obliegen, bezüglich des Bauloses Bad I die Entscheidung der Umweltschutzfrage beim Bautenministerium zu urgieren und beim Baulos Steinfeld II ist es notwendig, die wasserrechtliche Bewilligung für den Hauptsammler 3 zu beschleunigen. Bezüglich der Landesförderung der Kläranlage wurde versprochen, die für 1983 entstandene Finanzierungslücke ehestens zu schließen. Hier sind die Zusicherungen durch den Wasserwirtschaftsfonds ja im heurigen Jahr wesentlich höher geworden.

Bezüglich der Müll- und Klärschlammdeponie vertrat Herr Landesrat Winetzhammer den Standpunkt, daß eine Förderung des Landes mangels überregionalität nicht möglich ist. Das Kriterium der überregionalität wird auch nicht der Ablagerung des Klärschlammes der sieben dem Reinhaltungsverband angehörigen Gemeinden erblickt. Aus der Sicht der Stadt erscheint es aber nicht sinnvoll, auf diese Anregung und auf die Errichtung einer überregionalen Müllanlage schlechthin nochmals einzugehen. Ursprünglich wurde ja eine überregionale Müllanlage für Steyr seitens des Landes geplant. Es haben sich dann verschiedentlich Schwierigkeiten ergeben. Ich darf daran erinnern, im Bezirk Kirchdorf gab es große Probleme in diesem Zusammenhang. Der Standort Steyr für

eine überregionale Anlage ist ursprünglich vom Land ausgegangen. Das Projekt hat sich dann zerschlagen. Ich möchte die näheren Gründe hier nicht angeben. Sie liegen nicht im Bereich der Stadt Steyr. Die Er- richtungskosten wurden zum Teil falsch eingeschätzt und es haben sich auch nicht unbeträchtliche organisatorische Schwierigkeiten ergeben. Aufgrund dieser Zerschlagung hat dann das Land Einwände gegen unsere derzeitige Mülldeponie vorgebracht und diese Mülldeponie wurde auf- grund dieser Einwände stillgelegt, da die wasserrechtlichen Bewilli- gungen noch nicht vorlagen. Mir kommt es etwas eigentümlich vor, daß nun neuerlich seitens des Landes der Wunsch herangetragen wurde, eine überregionale Deponie zu errichten. Offensichtlich wären dann diese Probleme wieder weniger von Bedeutung. Ich glaube, wir haben dafür zu sorgen, daß wir unser Problem lösen. Ich betrachte diese Deponie auch in dieser Form als überregional, deswegen werden wir auch weiterhin die Förderungsmöglichkeiten des Landes ansprechen, weil immerhin der Klärschlamm von 7 Gemeinden dort zu deponieren sein wird. Schließlich wurde noch über die Errichtung von Reklametafeln auf unse- ren Fußgängerübergängen diskutiert. Ich muß sagen, daß diese Wünsche, die in erster Linie aus der Wirtschaft kommen, seitens der Bundesstra- ßenverwaltung abgelehnt wurden.

Soweit meine Mitteilungen. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme. Ich komme nun zu Punkt 5 Verhandlungsgegenstände und hier bitte ich Kollgen Wippersberger um die Übernahme des Vorsitzes.

Nein, Vizebürgermeister Fritsch hat mich gerade aufmerksam gemacht, daß wir einen Punkt, nämlich Punkt 4 Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs 3 Stadtsstatut, vergessen haben. Diese Beschlüsse sind Ihrer Einladung beigeschlossen. Ich bitte Sie um Kennt- nisnahme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wir sind gezwungen, aufgrund unserer Situation der Müllabfuhr ein neues Mülllieferungsübereinkommen mit der Firma Hasenöhrl abzuschließen. Ich darf hier doch etwas weiter ausholen und einige Punkte aus dem Amtsbericht zitieren. Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 16. 12. 1982 wurde der Sperre der Mülldeponie und dem Abschluß eines Mülllieferungsübereinkommens mit Herrn Otto Hasenöhrl, St. Valentin, grundsätzlich zugestimmt. Herr Otto Hasenöhrl verpflichtete sich in diesem Übereinkommen ab 1. 1. 1983 sämtlichen aus dem Bereich der Stadt Steyr stammenden Hausmüll auf seiner Anlage in St. Valentin zu übernehmen, wobei die Anlieferung durch Fahrzeuge der Stadt erfolgt bzw. durch von der Stadt angemie- tete Transportunternehmungen. Die Stadt leistet gemäß Pkt. 4 der dies- bezüglichen Vereinbarung für die Übernahme des gesamten Haus- und Sperrmülls und der ordnungsgemäßen Ablagerung jährlich ein Pauschal- entgelt von S 800.000,-- plus MWSt. Dieses Pauschalentgelt von S 800.000,-- ist wertgesichert. Diese Vereinbarung des Pauschal- entgeltes basierte aufgrund der Annahme, daß von der Stadt Steyr jähr- lich ca. 8000 t Haus- und Sperrmüll auf die Deponie nach St. Valentin verbracht wurden. Bei einer Kalkulation von S 100,-- je abgelagerter Tonne ergab sich daher dieses Pauschalentgelt. Nurmehr vorgenommene Abwaagen des abgelagerten Mülls ergaben jedoch, daß die Zulieferung eine wesentlich höhere ist als ursprünglich geschätzt wurde. Es han- delt sich um ca. 14.000 t Haus- und Sperrmüll, die auf die Deponie des

Herrn Hasenöhrle verbracht werden. Es wurden Herrn Hasenöhrle seitens der niederösterreichischen Landesregierung Auflagen gemacht, die umfassende Investitionen an seiner Mülldeponie erfordern. Aufgrund dieser Umstände wurde Hasenöhrle mehrmals vorstellig und es wurde nunmehr ein neuerlicher Vertrag - ein Ergänzungsvertrag- zum Mülllieferungsübereinkommen abgeschlossen. Ich darf darauf hinweisen, daß sich die Verhandlungen nicht nur zeitlich, sondern auch sachlich äußerst schwierig gestaltet haben und es nicht einfach war, hier zu einem Übereinkommen zu gelangen, weil die Vorstellungen kostenmäßig doch weit auseinandergegangen sind. Die Vorstellungen von S 200,-- je Tonne seitens des Besitzers dieser Deponie erschienen uns doch sehr hoch und wir haben uns schließlich auf einen Betrag von S 1,6 Mio. jährlich geeinigt. Der Vertrag ist bis Ende Juni 1985 befristet, er ist wertgesichert und soll ab 1.11. 1984 in Kraft treten. Ich bitte Sie aufgrund der nun geschilderten Sachlage diesem Antrag die Zustimmung zu geben:

1. ÖAG - 6896/82

Mülllieferungsübereinkommen

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 31. 10. 1984 wird die in der Anlage beige-schlossene erste Nachtragsvereinbarung zu der zwischen der Stadt Steyr und Herrn Otto Hasenöhrle am 17. 12. 1982 auf der Basis des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. 12. 1982 abgeschlossenen Mülllieferungsvereinbarung genehmigt.

(Beilage A)

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Bedauerlicherweise, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sind jene Befürchtungen eingetreten, die wir geäußert haben, als vor gar nicht langer Zeit die Stadtgemeinde Steyr aus bekannten Gründen die Mülldeponie schließen mußte und notgedrungen ein Mülllieferungsübereinkommen mit Herrn Otto Hasenöhrle aus St. Valentin tätigte und dabei in eine sehr abhängige Position gerückt wurden, was nämlich die Preisgestaltung dieses Abnahmepreises betrifft und daher abzusehen war, daß Herr Hasenöhrle versuchen wird, die Chance zu nützen, mehr finanzielle Mittel zu erzielen. Dieser Umstand ist also nun eingetreten. Die Bewohner unserer Stadt müssen nun für diese Müllentsorgung wesentlich tiefer in die Tasche greifen. Die Pauschalsumme von S 800.000,-- soll nun durch den vorliegenden Antrag verdoppelt werden. Mit der MWSt macht nun dieser Pauschalgesamtbetrag fast S 2,2 Mio. aus. Natürlich muß überlegt werden, wie denn diese Erhöhungen wieder hereinkommen sollen und die Bewohner unserer Stadt, das habe ich bereits erwähnt, werden sicher ihre Brieftaschen weiter öffnen müssen. Wir wissen alle, daß die Beseitigung des Mülls und die Reinhaltung der Umwelt Geld kostet, aber daß man sich vor knapp 2 Jahren hinsichtlich der Müllmenge - 8.000 t wurden geschätzt und 14.000 t waren es wirklich - derart verschätzt hat und daß man nicht genau geprüft hat, ob Herr Hasenöhrle alle abwasserrechtlichen und abfallbeseitigungsrechtlichen Auflagen erfüllt, versetzt uns doch etwas in Erstaunen. Wie lange dieser durchschnittliche Müllpreis tatsächlich pro Tonne hält, weiß kein Mensch. Wir alle können

nur hoffen, daß die Sanierung der stadteigenen Mülldeponie nicht allzu lange dauert und in diesem Zusammenhang gibt es ja heute einen weiteren Antrag und ich darf vorweg nehmen, daß wir diesem Antrag die Zustimmung geben werden. Hoffentlich brauchen wir nicht zu zittern, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß Herr Hasenöhrle alle Auflagen erfüllt und hoffentlich tätigt er alle von der niederösterreichischen Landesregierung auferlegten Investitionen und hoffentlich stellt es sich nicht als großes Manko heraus, mit jemandem Vereinbarungen getroffen zu haben, der offensichtlich bis jetzt die vorgeschriebenen Auflagen nur teilweise oder unzureichend erfüllt hat. Man kann also nur hoffen, daß Herr Hasenöhrle alle seitens der niederösterreichischen Landesregierung erteilten Auflagen erfüllt und somit nicht von einer Deponiesperre betroffen ist. Das wäre für Steyr eine Katastrophe. Aber auch die Sanierungsarbeiten bei unserer stadteigenen Mülldeponie sollen sehr rasch vor sich gehen, damit nicht weitere Forderungen bzw. Verteuerungen zu erwarten sind. Notgedrungen werden wir diesem Antrag - sicherlich nicht darüber sehr erfreut - die Zustimmung geben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Fritsch hat sich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Aufgrund der Ausführungen von Kollegen Eichhübl muß ich doch einige Ergänzungen anbringen. Kollege Eichhübl, ich bin persönlich nicht so vermessen wie Du, jemand anderem - in diesem Fall Herrn Hasenöhrle - entsprechende Unterstellungen vorzuhalten. Es ist auch nicht unsere Aufgabe, die Auflagen, die die niederösterreichische Landesregierung erteilt, erstens zu fordern und zweitens zu überprüfen. Für uns als Stadt zeigt sich einzig und allein jene Maßnahme zielführend, die es uns gestattet hat, unseren Müll - wenn auch weiter entfernt - dort trotzdem ablagern zu können.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Was ist, wenn die Mülldeponie geschlossen wird, wo bringt dann die Stadt Steyr ihren Müll hin?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Gut, ich gehe jetzt nicht von dem aus, daß die Mülldeponie dort geschlossen wird. Ich weise nur darauf hin, daß auch unsere Mülldeponie wasserrechtlich die ganze Zeit nicht bewilligt gewesen war. Aber eines ist klar, unser Müll ist wegzubringen. Ich hoffe, daß unsere stadteigene Mülldeponie wieder bald in Funktion treten kann. Noch etwas kann ich auch nicht sagen, daß es heißt - so wie Du Kollege Eichhübl gesagt hast -, es ist schwer verschätzt worden bezüglich der Abwaagen des Mülls, sprich die 8.000 t. Gehen wir von der Voraussetzung aus, daß verschätzt worden wäre, dann haben wir als Stadt durch diese Verschätzung keine Nachteile, sondern Vorteile gehabt. Wenn es heißt, wir sind gezwungen, um 100 % zu erhöhen, dann muß ich auch festhalten, daß ich und auch meine Fraktion dieses Verhandlungsergebnis mit Hasenöhrle als für die Stadt und ihre Bewohner aus der jetzigen Sicht völlig tragbar zu ersehen ist, weil 14.000 t des jährlich abzulagernden Mülls S 115,- pro Tonne im Vergleich zu S 100,- vorher nicht angenehm ist, aber ein vertretbares Ausmaß. Ich möchte festhalten, daß wir von den Fakten ausgehen, Kollege Eichhübl, nicht von Unterstellungen anderer, die durch nichts bewiesen werden können und wir aufgrund dieser faktuellen Sicht diesem Antrag - notgedrungenen Maßen, aber im Interesse

unserer Mülldeponie-die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke Kollege Fritsch. Kollege Treml hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, Kollege Bürgermeister Schwarz hat ja schon in seiner Berichterstattung darauf hingewiesen, daß auf bestimmten Grundlagen eben dieses Mülllieferungsübereinkommen mit Hasenöhrle zustande gekommen ist. Ich möchte das vielleicht etwas deutlicher unterstreichen. Bürgermeister Schwarz wies ja darauf hin, wo auch noch weitere Schwierigkeiten lagen. Aber als aggressive Sickerwässer das Grundwasser und damit die Trinkwasserversorgung der Stadt Steyr gefährdeten, wurde die städtische Mülldeponie Hausleiten bereits 1983 gesperrt. Seit 1983 wird der Steyrer Müll in St. Valentin abgelagert. Die erhöhten Transportkosten und die dadurch entstandenen Ablagerungskosten von rund S 2,7 Mio. wurden durch Beschluß der SPÖ-Mehrheit - ich glaube, es war vorigen Sommer -, sowie der ÖVP einschließlich FPÖ in Form von einer 50%igen Erhöhung der Müllabfuhrgebühren auf die Bevölkerung überwälzt. Diese Gefahr, meine Damen und Herren, besteht neuerlich durch die vorliegende Nachtragsvereinbarung, die ja besagt, daß bereits ab 1.11.1984, also wiederum rückwirkend, an Otto Hasenöhrle für die Müllablagerung der doppelte Betrag von S 1,6 Mio. zu entrichten sei. Diese Nachtragsvereinbarung wurde durch die Verzögerung - ich möchte sagen, durch die bürokratische Haltung und der nicht zeitgerechten Errichtung und der Wiederinbetriebnahme der eigenen Mülldeponie Hausleiten notwendig. Das möchte ich besonders unterstreichen. Durch das nachträgliche Mülllieferungsübereinkommen darf es meiner Meinung nach zu keiner Überwälzung der Mehrkosten auf die Bevölkerung kommen, wie dies ja beim ersten Übereinkommen zustande kam. Ich verlangte ja bereits bei der Sperre der Mülldeponie Hausleiten, daß die Mehrkosten aufgrund eben des Versagens der verantwortlichen Stellen von der Stadt - und vor allem vom Land Oberösterreich - getragen werden müssen und ehestens mit der Errichtung sowie der Sanierung der Mülldeponie begonnen wird. Tatsache ist ja, daß sich die Sanierung, die Inbetriebnahme der eigenen Mülldeponie in Hausleiten um ein Jahr weiter verzögern wird. Bürgermeister Schwarz hat hingewiesen, daß es offenbar doch so weit kommen wird, daß wiederum die Steyrer Bevölkerung die Hauptlast dieser Sanierung der Mülldeponie tragen muß. Ich glaube auch, daß ausgehend vom Gemeinderat stärkere Initiativen als solche persönlichen Aussprachen, so wie sie mit Herrn Landesrat Winetzhammer gestern stattgefunden haben, durchgeführt werden sollen, daß auch finanzielle Mittel seitens des Landes zur Sanierung beigegeben werden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Weitere Wortmeldungen? Kollege Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren!

In Kenntnis der vorhergegangenen Diskussion muß ich ehrlich sagen, daß ich enttäuscht bin. Es wäre in Anbetracht der Schwierigkeit der Müllentsorgung zweifellos viel zweckmäßiger gewesen. Wir können froh sein, daß es überhaupt einen Platz gibt, wo wir den Mist hinfahren können. Wir müssen Überlegungen anstellen, wie wir die angelieferte Menge geringer halten können. Was können wir aus eigenen Mitteln tun, daß die Menge geringer wird. Das Problem ist so, daß die ganze zivilisierte Welt im Mist, den sie selbst produziert, erstickt. Wenn wir

Selbstdisziplin halten - und ich glaube, daß das auch von unseren Bürgern verlangt werden soll -, Mülltrennung etwas sorgfältiger als bisher durchführen und nicht unnötige Ballastmengen auf die Deponiehalden hinbringen, dann sind wir wesentlich nahe, diese Probleme zu bewältigen, als nur mit Zahlen zu spielen oder Schuldige suchen, die weit weg von uns sind. Wir sollten doch jeder für uns das Bewußtsein mit dem verantwortlichen Umgang mit dem Müll haben und auch von unseren Mitbürgern dieses Bewußtsein nicht nur verlangen, sondern auch dieses Bewußtsein fördern. Darum würde ich alle bitten, die hier im Raum anwesend sind.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke dem Kollegen Holub für seinen Beitrag. Gibt es noch Woltmeldungen? Ich bitte den Kollegen Schwarz um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zu dieser Diskussion möchte ich nur einige kurze Anmerkungen machen. Es wurde selbstverständlich seinerzeit geprüft, Kollege Eichhübl, ob die wasserrechtliche Genehmigung für diese Deponie vorliegt. Es wurde der seinerzeitige Vertrag unter dem Aspekt abgeschlossen, daß es sich um eine genehmigte Deponie seitens der Landesregierung handelt. Dieser Vertrag ist ein Nachtrag zu dem seinerzeitigen Vertrag und in der Zwischenzeit sind eben verschiedene Auflagen noch erfolgt. Der Mülldeponiebetreiber und -inhaber hat neue Auflagen dazubekommen. Das ist ein Umstand, der den Tatsachen entspricht und ich muß sagen, daß wir uns wirklich bemüht haben. Hier gilt mein Dank in erster Linie dem Herrn Magistratsdirektor Dr. Knapp, der sich wirklich eingehendst bemüht hat, hier in den Verhandlungen die Möglichkeiten auszuschöpfen, die uns gegeben sind. Ich würde Sie bitten, daß wir diesem Antrag die Zustimmung geben. Wir haben derzeit kaum eine andere Möglichkeit. Es beweist aber wieder, wie wichtig es ist, daß wir die Sanierung und Wiederinbetriebnahme unserer Mülldeponie mit ganz besonderem Nachdruck betreiben. Zu den Förderungsmöglichkeiten und zur Gestaltung der Tarife darf ich sagen, daß ich glaube, daß wir zunächst abzuwarten haben, wie die finanzielle Situation und der Betrieb unserer Mülldeponie ist und dann werden wir dieses Problem sicherlich eingehend zu behandeln haben. Wir werden aber seitens der Stadt, da es sich um eine überregionale Deponie handelt, sehr nachdrücklich auf eine Unterstützung seitens des Landes drängen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Enthaltungen keine. Einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie um die Zustimmung einer Abänderung bzw. einer Änderung der Herbergsordnung für die städt. Jugendherberge. Die seinerzeit am 1. 7. 1959 beschlossene Herbergsordnung für die städt. Jugendherberge entspricht naturgemäß aufgrund des langen Zeitraumes in vielen Bereichen nicht mehr der Realität. Auch im Hinblick der Übersiedlungen haben sich neue Aspekte ergeben, sodaß eine praxisorientierte Jugendherbergsordnung zu erstellen ist und ich bitte Sie, dem Antrag des Stadtsenates die Zustimmung zu geben.

2. GHJ 2 - 6616/83

Herbergsordnung für die
städtische Jugendherberge

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 9. 11. 1985 wird die in der Anlage beigeschlossene Herbergsordnung für die städtische Jugendherberge, Hafnerstraße 14, genehmigt.

(Beilage B)

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seine Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich ersuche Kollegen Wippersberger um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Ihnen heute insgesamt 12 Anträge vorzubringen.

Der erste Antrag beschäftigt sich mit dem Stadtsaal, und zwar soll der Stadtsaal für Tagungen und Konferenzen attraktiver gemacht werden, indem man Ermäßigungen erteilt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

3. Pol - 5864/79

Erweiterung der Tarifordnung
für den Stadtsaal Steyr

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 26. 6. 1980 wurde die derzeit gültige Tarifordnung für den Stadtsaal Steyr erlassen. Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 9.10.1984 wird nunmehr diese Tarifordnung für den Stadtsaal wie folgt erweitert:

Dem Absatz 1 des Punktes B wird ein Satz angefügt, der folgend zu lauten hat:

"Die 50%ige Ermäßigung wird im gleichen Umfang bei Abhaltung von Tagungen und Konferenzen gewährt".

Diese Neuregelung tritt mit Ablauf des Tages der Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr in Kraft.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu Wortmeldungen? Wie ich sehe ist das nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind. Danke. Kein Einwand, keine Enthaltung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der zweite Antrag befaßt sich mit der Errichtung des Ennsdükers I samt Pumpwerk C. Der Antrag lautet:

4. Bau 6 - 3099/78

Errichtung des Ennsdükers I samt
Pumpwerk C; Versorgung mit elektrischer
Energie;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 11. 10. 1984 wird der Auftrag zur Herstellung eines Anschlusses zur Versorgung des Pumpwerkes C mit elektrischer Energie an die Öö. Kraftwerke AG zum Preis von S 758.578,50, exkl. USt, übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 758.600,-- (siebenhundertachtundfünfzigtausendsechshundert)

werden bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dagegen ist niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag befaßt sich mit dem Abschluß eines Leasing-Vertrages. Der Antrag lautet:

5. Bau 5 - 877/84

Errichtung eines Feuerwehr-
depots; Leasingfinanzierung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. II vom 18.10.1984 wird dem Abschluß eines Leasingvertrages zur Finanzierung des Feuerwehrdepots in Münichholz mit der Z-Leasing Ges.m.b.H. zugestimmt.

Die Festlegung der Vertragsbedingungen anläßlich der Unterfertigung des Leasingvertrages und die sonstige Abwicklung dieses Finanzierungsprojektes bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Einstimmiger Beschluß.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein vierter Antrag ist ein sehr wichtiger Antrag. Es ist der Nachtragsvoranschlag für 1984.

Der Nachtragsvoranschlag 1984 ist wie jeder Nachtragsvoranschlag die Zusammenfassung der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben, die Zusammenfassung der von Ihnen bisher gefaßten Beschlüsse in diesem Jahr. Sie haben zum Nachtragsvoranschlag gleichzeitig einen Amtsbericht erhalten, der in Kurzform alle wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Voranschlag 1984 zum Inhalt hat. Ich möchte mich realtiv kurz fassen.

Insgesamt gesehen kann der Nachtragsvoranschlag als nicht unerfreulich bezeichnet werden, weist er doch auf der Einnahmenseite gegenüber dem Voranschlag mehr Einnahmen auf, die vor allem aufgrund einer besseren Wirtschaftslage zum Tragen kommen. Der ordentliche Haushalt weist gegenüber dem Voranschlag 1984 auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite eine Ausweitung von S21,4 Mio., in % um 4,3 auf, eine Erhöhung von S 492,691.000,-- auf S 514,111.000,-- sind im besonderen auf eigene Einnahmen bei den eigenen Steuern und Ertragsanteilen zurückzuführen. So wird die Gewerbesteuer um voraussichtlich S 4,000.000,-- höher zum Liegen kommen, zusätzlich eine weitere S 1,000.000,-- bekamen wir vom Bund als Ersatz für den teilweisen

Entfall der Gewerbesteuer auf Kapital. Die Lohnsummensteuer wird aufgrund der besseren Beschäftigungslage vor allem in den Steyr-Werken eine Anhebung von S 3 Mio. erfahren. Einen Betrag von rund S 4 Mio. bekommen wir vom Bund als Nachtragszahlung für im Vorjahr zu wenig überwiesene Bundesertragsanteile. S 2,5 Mio. als Umsatzsteuerrückzahlung, S 1,3 Mio. vom Reinhaltungsverband als Kostenersatz für von uns bezahlte Bedienstete. Durch die überaus erfreulich stark gestiegene Frequenz bei der Volkshochschule und der städtischen Bücherei, es ist ja eine neue Bücherei dazu gekommen, erzielen wir voraussichtlich Mehreinnahmen von fast S 700.000,-- und einen Betrag von S 5,8 Mio. an Mehreinnahmen aus der Kanalbenützungsgebühr. Dieser Betrag dürfte allerdings aufgrund jüngster Berechnungen etwas zu hoch dotiert sein. Die starke Einnahmenerhöhung bei der Kanalbenützungsgebühr ist zu einem nicht unerheblichen Teil durch eine Nachzahlung der Steyr-Werke hervorgerufen worden.

Bezüglich der von mir erwähnten Umsatzsteuerrückerstattung im Ausmaß von S 2,5 Mio. muß jedoch bemerkt werden, daß wir andererseits, wie Sie dem Nachtragsvoranschlag entnehmen können, in einigen Bereichen beträchtliche Umsatzsteuernachzahlungen ebenfalls in Millionenhöhe in diesem Jahr leisten müssen.

Und nun zu den Ausgaben beim ordentlichen Haushalt. Erfreulich für uns ist die Tatsache, daß wir aufgrund der geschilderten Mehreinnahmen im Ausmaß von S 21,4 Mio. S 16,9 Mio. dem außerordentlichen Haushalt zuführen können. Im Voranschlag 1984 war dafür nichts vorgesehen. Darüber hinaus können wir vom ordentlichen Haushalt zusätzlich S 1,9 Mio. der Tilgungsrücklage zuführen. Aufgrund der geringen Finanzkraft unserer Stadt im Jahr 1983, wir lagen 1983 hinsichtlich unserer Finanzkraft in Oberösterreich an 83. Stelle aller Gemeinden, wird die Landesumlage, die wir zu entrichten haben in diesem Jahr um S 6,5 und der Beitrag als Krankenanstaltssprengel des Landes um S 2,9 Mio.

Weniger erfreulich ist die Tatsache, daß wir als Folge des neuen Landes-Behindertengesetzes um 1,3 Mio., nämlich anstatt von S 5,7 nunmehr in diesem Jahr S 7 Mio. mehr an das Land für diesen Zweck abführen müssen.

Und nun ein paar Worte zu unseren Personalkosten. Wie Sie dem Nachtragsvoranschlag entnehmen können, sind an verschiedenen Kostenstellen größere Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 1984 ersichtlich. Diese Differenzen haben aber lediglich verrechnungstechnische Gründe. Insgesamt gesehen liegen die Personalkosten lediglich um S 200.000,--, das sind 0,1 %, höher als im Budget 1984 veranlagt wurde.

Und jetzt zum außerordentlichen Haushalt. Er liegt auf der Einnahmenseite um S 46.6 und auf der Ausgabenseite um S 18 Mio. höher als veranschlagt und ist mit insgesamt S 124,573.000,-- ebenfalls nunmehr ausgeglichen. Die Mehreinnahmen beim außerordentlichen Haushalt sind vor allen auf folgende Tatsachen zurückzuführen:

S 16,9 Mio. können wir infolge höherer Einnahmen vom ordentlichen Haushalt an den außerordentlichen Haushalt zuführen, S 5,8 Mio, das ist etwas weniger erfreulich, als eine zusätzliche Rücklagenentnahme aus noch nicht verbrauchten Darlehen. Diese Rücklagen aus noch nicht verbrauchten Darlehen haben einen weiteren neuen Tiefstand erreicht. S 13 Mio. Bedarfszuweisungen seitens des Landes, S 7,5 Mio. werden wir aus Verkauf von Gebäuden zusätzlich hereinbringen, S 2 Mio. als Rückersätze aus dem Vorjahr und S 2,5 Mio. für ein kostengünstiges Darlehen vom Wasserwirtschaftsfonds. Die Mehrausgaben beim außerordentlichen Haushalt recludieren sich, um einen größeren Ausgabenposten kurz aufzuzeigen, aus den Baukosten für die Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und der Frauenberufsschule, dem Bau der Leichtathletikanlage, dem Mehrzwecksaal Wehrgraben, dem Ausbau der Wolfener Landesstraße, den Restzahlungen für den Kanalbau in Münich-

holz und dem Ankauf des Hauses in der Resthofstraße von der Fa. Zwettler.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Nachtragsvoranschlag 1984 mit den vor mir aufgezeigten voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben im heurigen Jahr ist nicht nur ein umfangreiches und kompliziertes Zahlenwerk, es ist ein Spiegelbild der Arbeit des Gemeinderates im Jahr 1984. Daß beim Nachtragsvoranschlag gegenüber dem Voranschlag verschiedentlich größere Abweichungen festzustellen sind, ist sicherlich nur zu einem geringen Teil unser eigenes Verschulden. Besonders auf der Einnahmenseite gibt es bei einigen Haushaltsstellen Bereiche, die sehr schwer - wenn überhaupt - abschätzbar sind, wie z. B. Nachzahlungen, Rückerstattungen oder Gewerbesteuer usw. Aber auch auf der Ausgabenseite erwachsen uns oftmals zum Teil größere Mehrkosten, die von uns nicht absehbar bzw. beeinflussbar sind, wie z. B. plötzliches Auftreten größerer Schäden an Gebäuden, die der sofortigen Sanierung bedürfen, oder umgekehrt, daß im Budget eine Maßnahme vorgesehen ist, die dann doch nicht zum Tragen kommt. Ich erinnere an die bereits zitierte Mülldeponie. Insgesamt gesehen darf festgestellt werden, daß wir in der Budgetwahrheit den wesentlichen Bereichen sehr nahe gekommen sind, daß wir ohne zusätzliche Aufnahme von Darlehen den ordentlichen und auch den außerordentlichen Haushalt nunmehr ausgleichen werden können. Das ist sicherlich sehr erfreulich. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, ich kann es Ihnen und auch mir ersparen, noch weiter ins Detail zu gehen und ich darf nunmehr den vorliegenden Antrag zur Verlesung bringen:

6. Ha - 4000/83

Nachtragsvoranschlag 1984

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 15. 12. 1983, Ha - 4000/83, womit der Voranschlag 1984 genehmigt wurde, wird im Sinne des anliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1984 abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen von

S 492.691.000,-- auf S 514,111.000,--

die Gesamtausgaben von

S 492.691.000,-- auf S 514,111.000,--

daher ausgeglichen

S - , -
=====

b) die Reineinnahmen von

S 452.791.000,-- auf S 474.211.000,--

die Reinausgaben von

S 452.791.000,-- auf S 474.211.000,--

daher ausgeglichen

S - , -
=====

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von

S 78,000.000,-- auf S 124,573.000,--

die Gesamtausgaben von

S 106.525.000,-- auf S 124,573.000,--

daher ausgeglichen

S - , -
=====

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 15. 12. 1983 betreffend den Voranschlag 1984 bleiben unverändert.

Beilage C

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWÄRZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger für seinen Bericht. Zu Wort hat sich Kollege Holub gemeldet.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!
Der Kreis hat sich geschlossen. Ich habe vergangenes Jahr zum gleichen Tagesordnungspunkt den Beitrag meiner Fraktion liefern dürfen und habe geendet mit dem Satz "Neue Verantwortliche für neue Verantwortliche."
Ich möchte an diese neuen Verantwortlichen ein Kompliment machen. Es ist in der Tat exakter budgetiert worden als in den vergangenen Jahren. Natürlich ist eine glückliche Entwicklung - Bürgermeister Wippersberger hat es ja schon so bezeichnet - parallel dazu eingetreten. Was vergangenes Jahr als Nachtragsvoranschlag im wahrsten Sinne des Wortes furchterregend ausgeschaut hat, nämlich in die Zukunftsdimension, die sich aus den Nachtragsvoranschlag, Sie erinnern sich auf voriges Jahr mit dem explosionsartigen Ausgaben, bezogen hat, das hat sich im heurigen Jahr im wesentlichen konsolidiert. Es ist meines Erachtens nach bei Verfolgen der Unterlagen eine verbesserte Verarbeitung der Grundlagen im Voranschlag erfolgt, dafür ein Kompliment, denn diese Verarbeitung von Zahlen ist sicherlich nicht einfach, nur kann man beim besten Willen nicht annehmen, daß diese Verarbeitung auf Anhieb perfekt erfolgt. Natürlich gab es die einen oder anderen Budgetpannen, insbesondere in der Einsetzung der öffentlichen Abgaben, die ja zum Teil in der vollen Dimension von den Verantwortlichen gar nicht vorhersehbar waren. Die größte Überraschung, die der Nachtragsvoranschlag geliefert hat, wurde auch schon angekündigt, nämlich die Mittelzuführung zum ordentlichen Haushalt in Höhe von fast S 17 Mio. Es ist ein Geschenk des Himmels wenn man die Entwicklung aus dem vergangenen Jahr betrachtet. Da möchte ich in Erinnerung rufen, daß wir vergangenes Jahr Schulden aufnehmen mußten, das aber konkret nicht erfolgte, da ja die Konstruktion über die Rücklagenentnahme gelungen ist. Das wäre, wenn es so weiter gegangen wäre, der direkte Weg in die Pleite geworden. Gott sei Dank wurde es nicht so, denn die Entwicklung hat sich aus verschiedenen Gegebenheiten anders gezeigt. Wollen wir es hoffen, daß das nicht nur Zufallstreffer waren, daß das nicht nur einmalige Glückszufälle waren. Woher sind also diese S 16,9 Mio gekommen. Du, Kollege Wippersberger, hast das ohnehin schon ausgeführt. Nachbeten will ich es nicht, nur umrißartig erwähnen. Natürlich aus eigenen Gebühren, aus den Ertragsanteilen vom Vorjahr und natürlich auch auf der anderen Seite der Buchhaltung in Form von Minderausgaben. Auch das wurde schon erwähnt. Im wesentlichen ist die Rechnung zum Vorteil der Stadt ausgegangen und zwar mit gut 8,1 Mio. Auf der anderen Seite ist natürlich durch die verschiedenen Maßnahmen wiederum der Verschuldensstand der Stadt gestiegen. Diese Betrachtung gehört unbedingt in den Nachtragsvoranschlag mit dazu, wenngleich, das habe ich schon eingangs gesagt, das Zunehmen des Verschuldens nicht annähernd so explosionsartig erfolgt ist als im letzten Jahr. Aber immerhin kommen wir jetzt - wenn meine Rechnung stimmt - auf S 447 Mio. Gesamtverschuldung, das bedeutet, daß jeder unserer Einwohner immerhin

schon mit S 11.000,--, bitte Rundungsungenauigkeiten beim Kopfrechnen mögen mir toleriert werden, zumal sie ja zum Vorteil der Bittendarstellung dienen, es werden sich ja mehr als S 11.000,-- darstellen, belastet ist. Daß wir Maß halten müssen, das wissen wir alle. Ich möchte Sie nur absolut zur Disziplin bei einmaligen Ausgaben oder zur Disziplin bei verschiedenen Projekten aufrufen, die uns in Zukunft ganz gewaltige Belastungen auferlegen könnten.

Und nun zu den Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes. Auch hier hat sich heuer eine positivere Entwicklung als in den letzten Jahren gezeigt, wo wir ja immer per Saldo Mindereinnahmen bewältigen haben müssen, die nur eben wieder durch vermehrte Kreditaufnahmen in ausgeglichene Bilanzierung führen konnten. Ich hätte das in meinem Arbeitstitel eigene Einnahmen eingenommen, da führe ich zusammen die Zuführung aus dem außerordentlichen Haushalt, die Entnahmen aus Rücklagen, die Rückersätze, die ja heute schon erwähnt wurden und die Veräußerung von Gebäuden mit S 32,16 Mio. Das ist ein erheblicher Beitrag zur Bedeckung der Maßnahmen des außerordentlichen Haushaltes. Vom Land haben wir S 12,7 Mio und Darlehensaufnahmen im außerordentlichen Haushalt, Wirtschaftsfonds und sonstige Darlehensgeber mit S 3,2 Mio., runden das Bild zu einer Einnahmehöhe von S 49 ab. Dem stehen Mindereinnahmen bei der Entnahme aus Rücklagen gegenüber, die ja sicherlich nur finanztechnischer Art ist, das möchte ich zur Erklärung dazu sagen, für diejenige, die sich mit der Budgetierung noch nicht so auseinandergesetzt haben, hätte das jetzt als Vorwurf klingen können. Das ist es nicht. Die Mindereinnahmen aus der Veräußerung von unbebauten Grundstücken mit S 2 Mio ergibt per Saldo S 46 Mio als Darstellung der Einnahmen.

Bei den Ausgaben auf der anderen Seite hat sich doch das alte Bild wieder gezeigt, verschiedenes wurde nicht in Angriff genommen, manches wurde ohne budgetmäßiger Vorhersehbarkeit getätigt. Darf ich hier den Zahlenvergleich bringen. Das ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Im ganzen waren es Mehrausgaben von S 40,4 Mio und es ist vielleicht zum geschlossenen Bild ganz interessant, wenn man sich die Zahlen der Maßnahmen dazu ins Verhältnis setzt, die im Haushaltsvoranschlag ohne Ansatz waren. Es handelt sich um S 20,5 Mio. Das ist ein erheblicher

Betrag der Mehrausgaben, denn die Gegenüberstellung auf der Ausgabenseite muß sich logischerweise auch auf die Minderausgaben erstrecken. Wir haben gegenüber dem Präliminar um S 22,4 Mio. weniger ausgegeben auf dieser

außerordentlichen Haushaltsseite, davon entfallen auf Ansatzposten, die überhaupt gestrichen wurden S 15,5 Mio. Da wären wir wieder bei meiner alten, doch nicht zu unrecht erhobenen Forderung, nach einem Konzept für die Maßnahmen und für die Finanzierung der Maßnahmen. In einem wirtschaftlich nicht ganz so unglücklichen Jahr wie heuer scheint das Bild nicht gar so dramatisch und wahrscheinlich ist daher auch das Verständnis für die Planmäßigkeit, für die Sorgfalt nicht ganz so gegeben, wie es für uns alle und für unsere Mitbürger zweckmäßig wäre. Wenn man nämlich die Summe aller Abweichungen betrachtet, so kommt man ja doch auf eine Marge von fast 63 % über Plan und ohne Plan. Das, meine Damen und Herren, ist mehr als die Hälfte der gesetzten außerordentlichen Maßnahmen. Daß, natürlich verschiedene Ausgaben unvorhergesehen tatsächlich ins Haus standen, ist überhaupt nicht zu bestreiten. Es ist natürlich notwendig, daß Maßnahmen, wenn Gefahr in Verzug ist, sei es für die Sicherheit oder sei es für die Substanz von stadteigenem Besitz, getroffen werden. Einige Ausgaben aber, die wir alle mit sehr großer Freude zur Kenntnis genommen haben, wurden wieder einmal sehr stark gekapert, z. B. die Mittel, die für die Denkmalpflege zur Verfügung gestellt wurden, die wurden um 1/4 auf S 1,5 Mio. reduziert. Die vielbejubelten S 3 Mio. für die Wohnbau-

förderung stehen jetzt nur mehr mit S 965.000,-- im außerordentlichen Haushalt. Maßnahmen für den Straßen- und Wasserbau sind um S 6,2 Mio. weniger gesetzt worden, davon S 2,2 Mio. überhaupt nicht in Angriff genommen, auf der anderen Seite aber S 5,2 Mio. mehr, davon wieder S 4,5 Mio überhaupt ohne Ansatz. Das zur Untermauerung meiner Feststellung mit der Planungsgenauigkeit.

Genau das gleiche ist der Wirtschaftsförderung passiert. In so wirtschaftlich schwierigen Zeiten, meine Damen und Herren, haben wir uns nach einigem Hin und Her bewundern lassen für die S 1,5 Mio., die hier aufschienen und wie schaut es jetzt aus: S 800.000,--. Ich habe hier absichtlich nicht die aus Vereinbarung übernommen Zahlungen, wie z. B. BMW-Werk, mithineingenommen, weil das ja fixe Förderungskosten sind, die sich im außerordentlichen Haushalt nicht budgetgestaltend niederschlagen sollten.

Aus den Kapitel Dienstleistungen, betrifft also Abwasser, Müll, Bäder und den eigenen Grundbesitz, schaut das zwar sehr budgetgenau aus, aber der Teufel liegt im Detail, wenn man sich die Zahlenentwicklung anschaut, haben wir ja fast keine Abweichungen in diesem Kapitel per Saldo, aber wir haben Mehrausgaben von fast S 9,4 Mio. und Minderausgaben von fast S 9,2 Mio. Bei den Mehrausgaben haben wir ohne Ansatz S 661.000,--, bei den Minderausgaben S 8 Mio. aus Positionen aus diesem Titel, die überhaupt nicht in Angriff genommen wurden.

Wir sehen also, daß die Exaktheit bei der Defination, bei der Zielfindung nach wie vor eine dringliche Forderung sein muß. Denn die Probleme, die wir in Zukunft bewältigen müssen, werden ja nicht kleiner. Schon eingangs der heutigen Tagesordnung war ein gewaltiger Brocken, der uns noch in der Zukunft ziemlich zum Beißen geben wird, auf dem Tisch des Hauses gelegen, nämlich die Müllentsorgung. Denken wir an die riesige Problematik, die aus der Altstadtinstandsetzung, aus der Revitalisierung Steyrdorf aus der ganzen Problematik des Wehrgrabengerinnes noch zu bewältigen ist, so kann meine Aussage, daß in schweren Zeiten besondere Sorgfalt notwendig ist, sicherlich nicht vergeltbar halten. Meine Damen und Herren, geschätzte Kollegen, werte Herren Bürgermeister, wir werden als Prioritäten festlegen müssen, wir werden jetzt schon für eine Zukunft planen müssen, wir werden die Notwendigkeiten der Maßnahmen uns vor Augen führen und aus den Notwendigkeiten eine Reihung der Maßnahmen durchführen müssen. Wir dürfen in Zukunft keine Abenteuer begehen, und wir dürfen nicht vergessen, daß der Stadtteil Steyrdorf absolutes Vorrecht hat bei allen Überlegungen hat, denn wenn wir an die Probleme des Stadtteiles Steyrdorf nicht sehr schnell herangehen, werden wir dort ganz üble Zustände zur Kenntnis nehmen müssen und ich weiß nicht, ob der Bürger dafür das nötige Verständnis aufbringt. Wir haben fast keinen Freiraum für irgendwelche Prestigeobjekte. Nützen wir die Zusammenarbeit, die sich unter der neuen Führung hier im Rathaus ganz sicherlich fruchtbringend für unsere Bevölkerung darbieten kann im Sinne und zum Wohle unserer Bürger auch. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir dem Zahlenwerk des Nachtragsvoranschlages seitens der österreichischen Volkspartei Steyr unsere Zustimmung geben. Natürlich mit der üblichen Einschränkung, daß das nicht eine Nachhineinsanktionierung für jene Beschlüsse bedeuten kann, denen wir nicht folgen konnten. Ich bedanke mich insbesondere beim budgeterstellenden Referenten und auch bei den Beamten und auch bei der Politikerebene für den Versuch zur Genauigkeit, die ja sicherlich nicht im ersten Anlauf lückenlos aber zweifellos sehr gut gelungen ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diesen Beitrag. Als nächster Herr Kollege Tremel.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich werde versuchen, in knappen Worten und Sätzen doch von unserer Warte aus zum Nachtragsvoranschlag 1984 Stellung zu nehmen.

Wesentliche Änderungen von Voranschlagsposten zeigen ja die Übervorsichtigkeit bei der Budgetierung durch die Mehrheitsfraktion, die ich ja schon bei der Budgeterstellung kritisch beleuchtet habe. Es wurde auch heute schon erwähnt, daß z. B. die Gewerbesteuer im Voranschlag 1984 mit S 30 Mio. angesetzt wurde, also um S 8 Mio weniger als 1983. Aber nach dem Nachtragsvoranschlag erbringt ja die Gewerbesteuer, wie wir vom Finanzreferenten gehört haben, S 34 Mio. Ein Plus von S 4 Mio. Oder ein weiteres Beispiel: Die Lohnsummensteuer wurde im Voranschlag mit S 62 Mio. angesetzt. Das sind um S 5 Mio. weniger als im Jahr 1983, denn da waren es S 67 Mio. Und nun kommt es im Nachtragsvoranschlag bei der Lohnsummensteuer zu einer Einnahmenserhöhung von S 3 Mio. und steigt damit auf S 65 Mio. Damit erbringt die Gewerbe- und Lohnsummensteuer zusammen eine Einnahmenserhöhung von S 7 Mio. Dazu kommen noch Mehreinnahmen für Dienstleistungen, die auch schon vom Finanzreferenten erwähnt wurden, in der Höhe von S 8,8 Mio. Aber allein die Kanalbenutzungsgebühr um S 5,8 Mio. Durch diese von mir angeführten Budgetposten kam es ja zu Mehreinnahmen von fast S 16 Mio. Laut Nachtragsvoranschlag sogar um insgesamt S 21 Mio. Somit konntendem außerordentlichen Haushalt S 16,9 Mio zugefolgt werden. Laut Voranschlag 1984 waren keine Mittel vorgesehen und es sollte ja keine Mittelzuführung an den außerordentlichen Haushalt überwiesen werden. Voraussehbar für mich war bereits bei der Budgeterstellung für das laufende Jahr, daß es auch diesmal zu keinen Abbau der Bezüge für die Gemeindepolitiker kommen wird, sondern zu einer Erhöhung und diese hat sich auch voll im Nachtragsvoranschlag von S 7,030.000,-- auf S 7,300.000,--, also um S 270.000,-- mehr zu Buche geschlagen. Bei den Ruhebezügen für die Bürgermeister und Stadträte hatten sich ja, wie wir aus dem Nachtragsvoranschlag ersehen können, gewaltig verschätzt, nämlich um S 894.000,--. Laut Nachtragsvoranschlag werden daher rund S 2 Mio. zur Auszahlung kommen.

Auch im außerordentlichen Haushalt wurden ja wichtige Vorhaben nicht begonnen bzw. ausgeführt. Obwohl vom ordentlichen Haushalt an den außerordentlichen Haushalt fast S 17 Mio. und aus Entnahmen von Rücklagen S 5,7 Mio. mehr als S 20 Mio zugeführt werden, müssen nicht S 40 Mio, sondern S 40,6 Mio auf dem teuren Kreditmarkt aufgenommen werden. Dies zeigt wieder, das hat Kollege Wippersberger auch schon unterstrichen, daß die Finanzkraft unserer Stadt weiter schwindet. Ich möchte auch ein paar kritische Bemerkungen dazu machen, daß man z. B. für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues weniger Gelder ausgibt als vorgesehen. Laut Nachtragsvoranschlag hat man aber anstatt S 2 Mio. gar keine Gelder. Wir wissen wie prekär es auf dem Wohnungswesen in unserer Stadt steht. Für die Errichtung der städtischen Mülldeponie - das wurde auch heute schon angeschnitten - im Voranschlag 1984 S 8 Mio. vorgesehen waren, aber laut Nachtragsvoranschlag kein Schilling eben aufgewendet wurde.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wenn wir heute den Nachtragsvoranschlag behandeln und am 13. 12. den Voranschlag für 1985 beschließen und dabei feststellen, daß die Stadt für die Lösung vieler kommunaler aber auch wirtschaftlicher Probleme über zu wenig Finanzmittel verfügt. Wenn ich mir das im oberösterreichischen Maß-

stab ansehe, so ist ja doch die Verschuldung der Gemeinden so, daß sie von Jahr zu Jahr steigen. Sie wissen das ja besser als ich, da Sie ja in bestimmten Gremien vertreten sind, daß 1/4 der 445 oberösterreichischen Gemeinden bereits ihren ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen können und um Bedarfszuweisungen zum Landesoberhaupt gehen müssen, betteln müssen, daß sie einen Ausgleich bekommen. Der Grund dafür ist, daß der Bund aber auch das Land immer mehr Ausgaben den Gemeinden übertragen, aber die dafür notwendigen finanziellen Mittel vorenthält. Viele Milliarden Schilling, meine Damen und Herren, sind offenbar doch beim Bund vorhanden, um z. B. den Ankauf von Abfangjägern und Raketen für das Bundesheer zu tätigen. Laut einer Umfrage haben sich zumindest 454 % aller Österreicher gegen den Ankauf von Abfangjäger ausgesprochen. Ebenso wie wir Kommunisten lehnt ja auch ein Teil der "Jungen ÖVP", die "Sozialistische Jugend" und Gemeinderäte der SPÖ und ÖVP in einer Reihe von Städten den Ankauf dieser Abfangjäger ab. Z. B. in der oberösterreichischen Marktgemeinde Stadl-Paura hat sogar die Freiheitliche Partei bei einem von der KPÖ eingebrachten Dringlichkeitsantrag gegen den teuren Ankauf dieser Abfangjäger gestimmt. Ich bin daher der Auffassung, daß sich auch der Gemeinderat der Stadt Steyr in die Front der Gegner des Ankaufes von Abfangjägern in das Bundesheer einreihen soll. Weil er soll aufgefordert werden, die Pläne zum Ankauf von Abfangjägern aufzugeben und anstatt dessen das Geld für Umweltschutzaufgaben bzw. für die notleidenden und verschuldeten Gemeinden verwenden. Ich könnte mir dabei vorstellen, daß mit dieser Aufforderung, ausgehend vom Gemeinderat an die Bundesregierung das Ersuchen gerichtet wird, daß aus diesen offenbar vorhandenen Budgetmitteln für die Erhaltung des historischen Wehrgrabens bzw. für die dringend notwendige Kanalisierung dieses Wohngebietes bekommt. Die Finanzpolitik hängt ja sehr wesentlich davon ab, wieviel Finanzmittel von Bund und Land zur Verfügung gestellt werden, um eben die zunehmenden Aufgaben, die eigentlich Aufgaben des Bundes und des Landes sind, werden den Gemeinden übertragen und die Mittel dafür nicht ausreichen.

Dem Nachtragsvoranschlag 1984 gebe ich seitens der KPÖ-Fraktion die Zustimmung, weil er meiner Meinung nach rechnerisch richtig erstellt wurde. Aber jenen Anträgen von Gebühren und Tarifierhöhungen sowie die Erhöhung der Funktionsgebühren wird durch meine heutige Zustimmung im Nachtragsvoranschlag natürlich nicht aufgehoben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für den Beitrag. Kollege Eichhübl ist der nächste Debattenredner.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Auch wir haben uns mit dem Nachtragsvoranschlag auseinandergesetzt. Ich darf nun namens der FPÖ-Gemeinderatsfraktion dazu einige Anmerkungen machen und einige Punkte, die uns besonders wichtig erscheinen, herausstreichen.

Gesamt gesehen muß festgestellt werden, daß die Ausweitung gegenüber dem beschlossenen Voranschlag 1984, das weist ja auch der Amtsbericht aus, eine Änderung von 4,3 % und in Summe ausgedrückt ein Betrag von S 21,4 Mio. im ordentlichen Haushalt bedeutet und das ist doch nicht so wenig. Betrachtet man die Gruppe Einnahmen im ordentlichen Haushalt ist erkennbar, daß es positive Einnahmensverschätzungen, nämlich bei der Gewerbeertragssteuer, die erfreulicherweise um S 4 Mio, d. s. 12 %, und ebenso die Lohnsummensteuer um S 3 Mio., d. s. 5 %, angestiegen ist, auch negative Einnahmensverschätzungen bei der sogenannten

"Grufststeuer" um S 1,1 Mio, und bei den Bundesertragsanteilen, die um S 3,5 Mio. gesunken sind, gegeben hat. Bei den Ausgaben im ordentlichen Haushalt muß festgestellt werden, daß wir derzeit unter dem Titel Pensionen und sonstige Ruhebezüge der Mandatäre wir mit einem Betrag von mehr als S 2 Mio. konfrontiert werden. Dies deshalb, weil die von uns abgelehnten Stadtratspensionen, die von nebenberuflichen Stadträten ohne Pensionsleitung nach 6 Jahren in Anspruch genommen werden können, beinhaltet sind. Erfreulicherweise mußte um S 6,5 Mio. weniger an Landesumlagen bezahlt werden und die Kreditzinsen konnten ebenso erfreulicherweise um S 4,5 Mio. gegenüber dem Voranschlag gesenkt werden. Das Erfreulichste aber an diesem Nachtragsvoranschlag ist, daß nun doch Zuführungen vom ordentlichen Haushalt an den außerordentlichen Haushalt möglich sind, nämlich in der Größenordnung von S 16,9 Mio. Trotz dieser nicht vorhersehbaren Einnahme im außerordentlichen Haushalt, und diese betragen - wie ich erwähnt habe, rund S 17 Mio. Es konnte eine Minderung der Darlehensaufnahme - vorgesehen waren S 40 Mio. - nicht erreicht werden. Im Gegenteil, die Schuldenaufnahmen wurden um S 700.000 vermehrt, was besonders schmerzt. Es mußten zur Deckung von Ausgaben für den außerordentlichen Haushalt nicht S 15 Mio., sondern 20,8 Mio. aus Rücklagen entnommen werden. Hätte es diese zusätzlichen S 17 Mio. vom ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt nicht gegeben, dann hätten wir S 57 Mio. an neuen Krediten aufnehmen müssen. Das, meine Damen und Herren, stimmt uns von der FPÖ-Gemeinderatsfraktion doch etwas nachdenklich und das müssen wir mit Sorgen feststellen. Bei der Gruppe 2, diese betrifft Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft kann festgestellt werden, daß einerseits die beschlossenen Mittel nicht ausgegeben wurden aber andererseits man zum Teil um 50 % überzogen hat. Wir haben diese Ausgaben mitbeschlossen. Trotzdem erlaube ich mir, dies aufzuzeigen, um an mehr Budgetwahrheit zu erinnern und mit dem Worten des Herrn Finanzreferenten Wippersberger zu sprechen, wir uns der Budgetwahrheit noch mehr nähern. Auch bei der Gruppe 6, das ist Straßen und Wasserbau sowie Verkehr, wurden 10 Vorhaben nicht erfüllt. Und das große Projekt der Grundstückeinlösen betreffend die Wolfener- und Aschacherstraße für die Verbreiterung und Verbesserung der Umfahrungsstraße hätten die Planer doch erkennen müssen, denn es handelt sich um einen sehr gewaltigen Betrag von mehr als S 4 Mio. Ebenso in der Gruppe 8, das sind die Dienstleistungen unter dem Titel Sonderanlagen, Kanalisation Münichholz mußten rund S 6,3 Mio. mehr ausgegeben werden, als im Voranschlag präliminiert waren. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, trotz dieser teilweisen kritischen Bemerkungen, die wir in Sorge um die finanzielle Situation unserer Stadt gemacht haben, bekunde ich auch heute die Bereitschaft der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, an einer gemeinsamen Lösung der anstehenden Probleme mitzuarbeiten. Dem vorliegenden Nachtragsvoranschlag, dem wir seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung geben, ausgenommen jener Beschlüsse, denen wir die Zustimmung im Laufe des Jahres mit Begründung nicht geben konnten. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke auch Kollegen Eichhübl. Wünscht noch jemand zu sprechen? Es ist dies nicht der Fall. Der Referent erteilt das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte den Debattenrednern, die für ihre Fraktionen gesprochen haben,

danken, daß sie dem Nachtragsvoranschlag Ihre Zustimmung geben. Ich glaube, ich brauche nicht auf alle Sachen, die hier vorgetragen wurden, eingehen, aber auf einige Dinge möchte ich doch Bezug nehmen.

Und zwar auf Kollegen Eichhübl betreffend Grundeinlöse Wolfener Landesstraße und Kanal Münichholz. Das stimmt, daß es im Budget fürchterlich aussieht. Ich darf aber sagen, daß zu dem Zeitpunkt, wo wir das Budget erstellt haben, waren wir voll und ganz der Ansicht, daß diese Summen noch im vorigen Jahr zum Zahlen kommen werden, deswegen sind sie nicht in dieser Höhe aufgenommen worden.

Kollege Treml, Du sagtest, daß die Finanzkraft in unserer Stadt immer weiter schwindet. Ganz so pessimistisch bin ich nicht. Ich kenne auch den neuen Finanzausgleich, der uns zwar nicht allzu viel bringt, etwa S 5 Mio. im Jahr. 1983 hatten wir ein besonderes Tief. Aber den Vorwurf, daß wir übervorsichtig budgetiert haben, den nehme ich gerne auf mich. Sie wissen wie die Wirtschaftslage 1983 - ganz besonders in unseren größten Betrieben wie z. B. in den Steyr-Werken ausgeschaut hat - war. Wir konnten nicht annehmen, daß sich die Wirtschaftslage doch so verbessert wird, daß wir sogar mit Mehreinnahmen bei der Lohnsummensteuer mit S 3 Mio. rechnen können und ganz besonders trifft das auch für die Gewerbesteuer zu. Wir haben 1983 nur S 25 Mio. an Gewerbesteuer eingenommen. Unsere Budgetannahme von S 30 Mio. wäre ja schon eher optimistisch und nicht pessimistisch.. Wir haben 1983, und das ist auch ein Beweis für das, was ich jetzt gesagt habe, beim ordentlichen Haushalt nur eine Ausweitung von 0,5 % erfahren. Das zeigt deutlich, wie schwierig das Jahr 1983 für uns war.

Was die Wohnbauförderung anbelangt darf ich sagen, Kollege Treml, daß es nicht ganz stimmt, was Du gesagt hast. Diese Beträge, die wir angeblich nicht verwendet haben sollen, haben wir schon verwendet. Es war eine Umwidmung von S 2,7 Mio., die uns die GVG zurückzahlen hat müssen. Das hängt mit den Bauten am linken Brückenkopf der Enns zusammen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Entschuldigung, dann stimmt aber der Nachtragsvoranschlag nicht.

ZWISCHENRUF DR. KURT SCHMIDL:

Das war eine Umwidmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Den Vorwurf wegen der Mülldeponie muß ich noch klarstellen. Wir waren im Herbst vergangenen Jahres der Überzeugung, daß wir spätestens im Sommer des Jahres 1984 damit beginnen werden. Daß sich das verzögerte, ist sehr bedauerlich, aber da haben wir auch nicht die Schuld.

Kollege Holub, ich danke Dir für das Lob, das Du Kollegen Holub und mir ausgesprochen hast. Ich darf aber doch ein paar Sachen dazu noch sagen. Bei der Denkmalpflege scheint ein Betrag nicht auf und zwar S 600.000,--, die wir jetzt erst für die Kirchen gegeben haben, also diesen Betrag müssen wir auch dazuzählen und ein Betrag von rund S 1 Mio scheinen auch woanders auf, und zwar das sind die Dächer, die zum Teil schon gemacht wurden und die zum Teil jetzt in Arbeit sind. Ich darf feststellen, daß alle Ansuchen betreffend Wirtschaftsförderung hereingekommen sind, behandelt wurden und fast alle Ansuchen positiv erledigt wurden.

Zum mittelfristigen Finanzierungskonzept. Ich habe schon vor einem Jahr gesagt, wenn wir den neuen Finanzausgleich bekommen - dieser ist jetzt da - dann werden wir ein mittelfristiges Finanzierungskonzept erstellen. Wir werden uns in nächster Zeit auch im Gemeinderat damit

beschäftigen. Beim Vorsteuerabzug möchte ich noch etwas sagen. Es gibt Differenzen im Nachtragsvoranschlag gegenüber dem Voranschlag und es ist sehr schwierig für uns gewesen. Wir wußten zu diesem Zeitpunkt noch nicht, daß da Änderungen beim Vorsteuerabzug eintreten, Änderungen, die in die Millionenhöhe gehen.

Das hatte ich noch dazu sagen wollen. Ich danke Ihnen für die Beiträge. Ich bitte nun Herrn Bürgermeister, die Abstimmung vornehmen zu wollen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Rechnungswerk Ihre Zustimmung geben. Danke. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Es liegt ein einstimmiger Beschluß des Gemeinderates vor.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Verbesserung der Beförderungsrichtlinien. Sie sollen mit Wirkung 1. 1. 1985 wie folgt geändert werden:

7. Präs - 977/84

Verbesserung der Beförderungsrichtlinien

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Beförderungsrichtlinien 1979, GR.-Beschluß v. 19. 7. 1979, Pers-106/79, i. d. g. F. der GR.-Beschlüsse vom 29. 10. 1981, Präs-708/81, vom 3. 6. 1982, Pers-1125/81, vom 25. 11. 1982, Pers-760/82, und vom 24. 11. 1983, Pers-745/83, werden mit Wirkung vom 1.1.1985 wie folgt geändert:

- a) Die Mindestdienstzeit für die Erreichung der V. Dienstklasse der Verwendungsgruppe C bei sehr guter Dienstbeschreibung wird um ein halbes Jahr verkürzt.
- b) Die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung jener Bediensteten, die sich am 1. 1. 1985 in C/V befinden und auf die sich die Verkürzung der Beförderungsfrist nicht mehr auswirken kann, weil die Beförderung bereits erfolgt ist, soll ab dem genannten Zeitpunkt bei Vorliegen einer mindestens sehr guten Dienstbeschreibung um das Ausmaß der Verkürzung verbessert werden. Diese Verbesserungen erfolgen von Amts wegen.
- c) Die vorstehenden Verbesserungen beziehen sich nicht auf bereits besser lautende Bestimmungen von C/V-Bediensteten mit B-wertigen Tätigkeiten und beim Bezug einer entsprechenden Verwendungszulage.

Ich bitte auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Bitte Kollege Humer.

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn ich mich hier zu Wort melde, denn ich bin selbst in der Verwendungsgruppe C des Fachdienstes und hier sicherlich mit etwas Neid auf diese Gemeindebediensteten blicke, da im Bundesdienst eine wesentliche Schlechterstellung herrscht. Wir haben ein etwas anderes Besoldungsschema. Leider haben wir keinen Amtsbericht dazu erhalten und aus den Worten des Herrn Vizebürgermeisters ist hervorgegangen, daß das Erreichen in der Dienstklasse IV eine Beförderung in die Dienstklasse V in 24,5 Jahren möglich ist. Wenn ich das mit dem Bundesdienst vergleiche,

hier gibt es einen besonderen Laufplan, denn die Dienstbeschreibung ist auch anders. Wir können erst mit 32 Dienstjahren in die Dienstklasse V befördert werden. Ich muß hier den Beamten des Hauses bescheinigen, daß die Aufgaben in der Gemeinde sicherlich in der Vollziehung wesentlich umfangreicher sind und die Berechtigung dieser Forderungen unsere Zustimmung erfährt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für den Beitrag. Noch jemand zu diesem Punkt? Der Referent verzichtet auf das Schlußwort. Sind Sie für diesen Antrag bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Keine Gegenstimme. Einstimmig angenommen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster Antrag befaßt sich mit Bmstr. Ing. Franz Bischof und zwar wegen des Pensionszuschusses. Ich glaube, ich kann es mir ersparen, den Antrag, der mir und Ihnen vorliegt, vorzulesen. Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

8. Pers-990/84

Bmstr. Ing. Franz Bischof;

Pensionszuschuß

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 33 der Vertragsbedienstetenordnung wird hiemit folgende Sonderregelung betreffend das Dienstverhältnis des Bmstr. Ing. Franz Bischof getroffen:

Bmstr. Ing. Franz Bischof wird nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienstverhältnis über schriftlichen Antrag anstelle der nach den Bestimmungen der Vertragsbedienstetenordnung gebührenden Abfertigung ein Zuschuß zur Alterspension, zur vorzeitigen Alterspension oder zur Invaliditätspension gewährt.

Die Höhe des Zuschusses wird nach dem jeweiligen Unterschiedsbetrag zwischen der ASVG-Pension ohne Berücksichtigung eines allfälligen Ruhensbetrages und dem fiktiven Ruhegehalt (Gehalt, Haushaltszulage, Leistungszulage und Verwaltungsdienstzulage) ohne ev. ruhegehaltfähige Nebengebühren, die der Genannte erhalten würde, wäre er Beamter gewesen, festgesetzt. Der Zuschuß gelangt in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Pensionsgesetzes 1965 14mal jährlich (12 volle Bezüge und 4 Sonderzahlungen) - zahlbar bis zum 15. eines jeden Monats, die Sonderzahlungen fällig im März, Juni, September und Dezember - zur Anweisung. Er wird erstmalig für den Monat bezahlt, für den die erste ASVG-Pensionsleistung gebührt. Solange für die Zuschußzahlungen nicht der gesamte Abfertigungsbetrag ausgezahlt ist, kann die Auszahlung der Restabfertigung von Ing. Bischof jederzeit schriftlich beantragt werden. Durch die Auszahlung der Restabfertigung endet jedoch die weitere Zahlung eines Zuschusses. Wird ein solcher Antrag bis zur Aufzehrung der Abfertigung nicht gestellt, laufen die Zuschußleistungen bis zum Ableben des in Rede stehenden Bediensteten weiter. Beim vorangeführten Pensionszuschuß handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenteilige Auffassungen liegen keine vor. Einstimmiger Beschluß.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Im nächsten Antrag geht es um Novellierungen im Hinblick auf die ab 1.1.1985 in Kraft tretende Oö. Landesabgabenordnung.

9. Präs - 774/84

Oö. Landesabgabenordnung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 7. 11. 1984 werden im Hinblick auf die ab 1. 1. 1985 in Kraft tretende Oö. Landesabgabenordnung die in der Anlage beigeschlossenen Novellierungen der Lustbarkeitsabgabeordnung, Ankündigungsabgabeordnung, Hundeabgabeordnung, Anzeigenabgabeordnung und Fremdenverkehrsabgabeordnung sowie die neue Gemeinde-Getränkesteuereordnung genehmigt.

(Beilagen D)

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu gibt es keine. Gegenteilige Auffassungen ebenfalls nicht, somit einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Änderung der Vollzugsbestimmungen im Hinblick auf die Errichtung eines eigenen Referates.

10. Zl - 5209/48

Anlage zur Vorschrift betreffend die allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Ausführung des Voranschlages; Änderung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Punkt III. 3. der Dienstvorschrift betreffend die allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Ausführung des Voranschlages wird im Sinne des Amtsberichtes der MA. II mit Wirkung 1. 1. 1985 geändert und erhält den in der Beilage ersichtlichen Inhalt.

(Beilage E)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag wird einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei den beiden nächsten Anträgen geht es um eine Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem RHV Steyr und Umgebung vom Land Oö. gewährtes Investitionsdarlehen. Der erste Antrag dazu lautet:

11. Ha - 2388/76

ABA BA 03 Steyr und Umgebung;
Förderung durch das Land Oö. -
Baureferat

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV Steyr und Umgebung vom 6. 11. 1984 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem RHV Steyr und Umgebung vom Land Oö. - Baureferat gewährtes Investitionsdarlehen in Höhe von S 960.000,-- für den Bauabschnitt 03 (Zentrale Kläranlage) der Abwasserbeseitigungsanlage zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Auch hier liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der Antrag lautet:

12. Hã - 2388/76

ABA BA 03 Steyr und Umgebung;
Förderung durch das Land Oö. -
Gemeindereferat

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV Steyr und Umgebung vom 29. 10. 1984 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem RHV Steyr und Umgebung vom Land Oö. - Gemeindereferat gewährtes Investitionsdarlehen in Höhe von S 640.000,-- für den Bauabschnitt 03 der Abwasserbeseitigungsanlage zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem vorletzten Antrag geht es um eine Kostenanpassung. Der Antrag hiezu lautet:

13. Bau 3 - 3269/82

Beitrag zu den Kosten der Herstellung
der Gehsteige öffentlicher Verkehrs-
flächen

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. XI vom 19. 10. 1984 wird die in der Anlage befindliche Verordnung gemäß § 21 Oö. Bauordnung, LGBL.Nr. 35/1976 i.d.g.F., betreffend die Festsetzung des Beitrages zu den Kosten der Herstellung des Gehsteiges öffentlicher Verkehrsflächen mit einem Einheitssatz von S 700,--/m² und einem Inkrafttreten dieser Verordnung nach Kundmachung mit 1. März 1985 genehmigt.

Die Kundmachung dieser Verordnung erfolgt gemäß § 62 StS 1980 im Amtsblatt der Stadt Steyr.

(Beilage F)

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe schon die letzte Finanz- und Rechtsausschußsitzung dazu benutzt, um hier die Frage zu stellen, wieso es in der Stadt Steyr zu so einer Erhöhung, nämlich der Herstellung der Gehsteigkosten kommt. Hier trifft es ja vor allem wieder auch kleine Hausbesitzer bzw. solche, die sich ein Eigenheim bauen und auch hier diesen Kostenbeitrag leisten müssen. Es ist doch so, daß eben eine Steigerung in dieser Zeit - wie sie Kollege Wippersberger angeführt hat-- um ca. 12 % erfolgt, d. s. von S 625,-- pro m² auf S 700,-- , wobei - das habe ich schon im Finanz- und Rechtsausschuß aufgezeigt - das in einer vergleichbaren Stadt (z. B. Wels) bis heute noch immer das Auslangen gefunden wird mit S 540,-- pro m². Hier, meine Damen und Herren, komme ich nicht ganz mit dieser Kostenrechnung mit wie sie im Amtsbericht zwar ziffernmäßig vorliegt. Ich kann dem nicht ganz nachkommen und werde mich der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Kollegen Wippersberger um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich kann mich ganz kurz fassen. Kollege Trembl, Du hast das schon im Finanz- und Rechtsausschuß vorgebracht. Diese 12%ige Erhöhung in 2 1/2 Jahren hängt wohl mit der Teuerungsrate zusammen. Die Kosten sind eben tatsächlich in diesem Ausmaß. Du sprichst nur von Wels von den S 540,--. Aber Linz hat noch einen höheren Betrag als wir. Dort sind es S 720,--. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für das Schlußwort. Wer für den Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Dagegen ist niemand. 1 Stimmenthaltung.

(1 Stimmenthaltung KPÖ)

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein letzter Antrag beschäftigt sich mit dem Österr. Roten Kreuz betreffend den freiwilligen Personalkostenzuschuß 1984.

14. Ha - 6502/84

Österr. Rotes Kreuz, Bezirksstelle
Steyr-Stadt; freiwilliger Personal-
kostenzuschuß für 1984

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Nach Maßgabe des Amtsberichtes des Personalreferates vom 15. 11. 1984 wird der Bezirksstelle Steyr-Stadt des Österr. Roten Kreuzes für das Jahr 1984 ein freiwilliger Personalkostenzuschuß in Höhe von

S 180.000,-- (einhundertachtzigtausend)

gewährt. Dieser Betrag wird bei VSt 1/530000/757000 freigegeben.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Den letzten Antrag hat Kollege Wippersberger besonders freudig vorgebracht, da er der letzte ist von seinem umfangreichen Berichtspaket. Wünscht jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem zustimmen. Danke. Keine gegen-
teilige Auffassung. Damit liegt auch hier ein einstimmiger Beschluß vor.

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Berichte. Kollege Fritsch ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Geschätzte Damen und Herren!

Ich habe ein nicht so umfangreiches Paket wie Kollege Wippersberger Ihnen vorzutragen. Nur einen einzigen Antrag, der sich mit der Restaurierung unserer kirchlichen Ensembles in Steyr befaßt, und zwar konkret für die Außenrestaurierung der Stiftskirche Gleink und der Stadtpfarrkirche und für die Innenrestaurierung der Kirche Christkindl sind entsprechende Mittel flüssig zu machen. Da Sie gebeten werden, für die drei Vorhaben je S 200.000,-- freizugeben, daß aber gleichzeitig auch die Auflage damit in Verbindung zu sehen ist, daß diese finanzielle Beteiligung nur unter dem Aspekt stattfindet, daß die Stadtmittel erst nach Nachweis erbrachter Beitragsleistungen in gleicher Höhe der weiteren Finanzierungspartner, es ist das die Diözesanfinanzkammer, Bund, Land sowie die jeweiligen Pfarren, flüssig gemacht werden. Ich bitte Sie daher konkret, S 600.000,-- für die genannten Zwecke freizugeben und gleichzeitig dafür eine Kreditübertragung in der gleichen Höhe durch Darlehensaufnahme bewilligen zu wollen.

15. Ha - 3841/79

Ha - 6342/80

Ha - 2656/82

Kirchliche Ensembles in Steyr; Außenrestaurierung Stiftskirche Gleink und Stadtpfarrkirche; Innenrestaurierung "Christkindl"

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 5. 11. 1984 wird einer finanziellen Beteiligung der Stadt Steyr an der Außenrestaurierung der Stiftskirche Gleink und der Stadtpfarrkirche sowie der Innenrestaurierung der Kirche Christkindl zugestimmt.

Diese finanzielle Beteiligung ist allerdings an die Bedingung gebunden, daß Mittel der Stadt erst unter Nachweis erbrachter Beitragsleistungen in gleicher Höhe der weiteren Finanzierungspartner (Diözesanfinanzkammer, Bund, Land sowie der jeweiligen Pfarren) flüssig gemacht werden.

Im laufenden Jahr werden die gegenständlichen Restaurierungen mit einem Betrag von je S 200.000,-- als Acontozahlung auf die städtische Beitragsleistung für die Restaurierung der Stiftskirche Gleink, der Stadtpfarrkirche sowie der Kirche in Christkindl unterstützt, sodaß eine gesamte Acontozahlung von S 600.000,-- gewährt wird.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von

S 600.000,-- (sechshunderttausend)

bei VSt 5/363000/777100 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben. Danke. Gegenstimmen oder Enthaltungen liegen nicht vor.

Danke für den Bericht. Kollegin Ehrenhuber bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen zwei Anträge zur Beschlußfassung vorlegen. Im ersten Antrag geht es um die Neu festsetzung der Verpflegungskostensätze in den Pensionistenheimen, im Verein Lebenshilfe und Aktion "Essen auf Rädern". Der Antrag lautet:

16. SH - 3151/84

Verpflegungskostensätze; Überprüfung bzw. Neuberechnung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 10. 10. 1984 werden ab 1. 1. 1985 die Kostensätze für abgegebene Verpflegungsportionen aus dem städtischen Zentralaltersheim wie folgt neu festgesetzt:

Pensionistenheime	S 36,50 pro abgegebener Portion
Verein Lebenshilfe	S 36,50 pro abgegebener Portion
Aktion "Essen auf Rädern"	S 36,50 pro abgegebener Portion

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister Heinrich Schwarz verläßt um 16.00 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Möchte dazu jemand sprechen. Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben, dann geben Sie ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen oder Enthaltungen vernehme ich auch nicht. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Im zweiten Antrag bitte ich Sie um die Zustimmung zu weiteren Umbaumaßnahmen im Zentralaltersheim Steyr. Im Konkreten geht es hier insbesondere um Verbesserungen bzw. Erweiterung in der Pflegeabteilung. Insgesamt sind 38 Pflegebetten davon betroffen, wobei die Pflegeabteilung um 12 Betten erweitert werden soll. Der Antrag lautet:

17. Zentralaltersheim Steyr; weitere Umbaumaßnahmen; Vergabe von Arbeiten

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 25. 10. 1984 werden im Zusammenhang mit verschiedenen Umbaumaßnahmen im städtischen Zentralaltersheim nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten
an die Firma Hingerl, Steyr, zum Preis von S 528.040,--
2. Elektroinstallation
an die Firma Berger, Steyr, zum Preis von S 375.480,--
3. Projektierungsarbeiten für die Elektroinstallation
an die Firma Kammerhofer, Steyr, zum Preis von S 13.141,83
4. Heizungs- und Sanitärinstallation
an die Firma Kriszan, Steyr, zum Preis von S 1.244.511,--

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständigen Organes im Rechnungsjahr 1985 vorbehalten.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Keine Wortmeldungen. Wer ist gegen den Antrag? Enthaltungen auch keine.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke der Kollegin Ehrenhuber für ihre Berichterstattung. Anstelle von Kollegen Feuerhuber wird Kollege Pimsl den Antrag vortragen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Der steigende Anfall von Müll macht es notwendig, diesbezüglich auch einen verstärkten Einsatz von Fahrzeugen vorzunehmen. Es ist beabsichtigt, auf einen Steyrer LKW einen entsprechenden Aufbau anzubringen. Wir haben zwei Anbieter eingeladen, uns ihre Offerte zu geben und es wurde hier die Fa. M.U.T. beauftragt, die uns ein Anbot von S 714.459,-- gemacht hat. Obwohl die Konkurrenz um S 60.000,-- günstiger angeboten hat, hat es sich ergeben, daß dieses Offert mit einer Reihe von Nachteilen verbunden ist, die es ratsam erscheinen lassen, bei dem bewährten Aufbau zu bleiben. Ich darf Sie daher bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

18. ÖAG-4311/84

Wi-Hof

Ankauf eines Müllsammelfahrzeuges

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des städt. Wirtschaftshofes vom 15. 11. 1984 wird der Auftrag zur Lieferung eines Müllsammelaufbaues zum Aufbau auf ein Steyr-Diesel-LKW-Fahrgestell an die Firma M.U.T., Stockerau, zum Preis von S 714.459,-- übertragen.

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständigen Organes im Rechnungsjahr 1985 vorbehalten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Wünscht jemand eine Wortmeldung dazu. Das ist nicht der Fall. Damit einstimmiger Beschluß. Ich bitte nun Kollegen Pimsl zu seinem eigenen Antrag die Berichterstattung vorzubringen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Aus der Bevölkerung wurde in den vergangenen Jahren immer mehr der Wunsch laut, eine Regelung zu treffen, die vor allem an Sonn- und Feiertagen den Lärm einigermaßen wieder auf ein normales Maß zurückführt. Vor allem hervorgerufen durch Gartengeräte, durch Radio- und Fernsehgeräte u. a. haben ergeben, daß Bevölkerungskreise vorstellig wurden. Es hat sich der Umweltbeirat bereits in seiner ersten Sitzung

mit diesen Anliegen beschäftigt und hat nach reiflicher Überlegung einen Entwurf einer solchen Verordnung der Öffentlichkeit vorgelegt, und zwar auch zur Begutachtung vorgelegt aber auch den Siedlerverbänden, die ja zum Teil von einer solchen Verordnung betroffen sind. Erfreulicherweise darf ich sagen, daß die Stellungnahmen durchaus positiv waren, einige Anregungen uns auch zugegangen sind, die eine gewisse Änderung des bestehenden Entwurfes notwendig machten. Wir haben das gerne getan. Es ist Ihnen der verbesserte Entwurf dieser Verordnung zugegangen und ich darf Sie bitten, dieser Verordnung Ihre Zustimmung zu geben, weil das in sehr hohem Ausmaß auch der Wunsch der Bevölkerung ist.

19. Pol - 5426/84

Verordnung betreffend Schutz der
Bevölkerung vor störendem Lärm -

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 13. 11. 1984 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend des Schutzes der Bevölkerung vor störendem Lärm genehmigt.

Beilage G

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag vernommen. Kollege Humer hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Wir begrüßen, daß diese Verordnung jetzt endlich mit 1. 1. 1985 - glaube ich - in Kraft tritt. Zum Vergleich zu anderen Städten oder Gemeinden: solche Verordnungen haben diese schon Jahre oder Jahrzehnte. Ich kann das persönlich selbst sagen, da ich in einem Siedlungsgebiet wohne, wo es sicherlich zu Beschwerden gekommen ist und diese Verordnung kann hier Abhilfe schaffen. Ein bißchen schwierig wird es werden in § 1 Abs. a) mit der Bezeichnung sonstige Arbeitsgeräte. Hier möchte ich darauf hinweisen, daß man das näher bezeichnen müßte, z. B. bei Häuslbauern, denn wenn eine Mischmaschine läuft, kann auch für störend empfunden werden. Es ist kein landwirtschaftliches Gerät und hier könnten sich vielleicht Probleme ergeben. Wir geben dieser Verordnung die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Kollegen Humer für seinen Beitrag. Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUNDOL PIMSL:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist sicherlich nicht daran gedacht, jene Maßnahmen zu beeinträchtigen, die im Zusammenhalt mit der Errichtung eines Eigenheimes oder sonstiger in Eigenleistung notwendiger Arbeiten sich ergeben. Natürlich gibt es gewisse Verordnungen, die sind aber mit der jetzt in Kraft tretenden Verordnung nicht beeinträchtigt. Es ist keinesfalls aber daran gedacht, etwa die von Ihnen zitierten Arbeiten damit zu bestrafen. Es wird sicherlich niemand daran denken. Es soll aber damit eines erreicht werden, daß das Zusammenleben wieder etwas besser gestaltet werden kann.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Kollegen Pömsl für die Berichterstattung und für das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist in diesem Fall nicht so. Enthaltungen ebenfalls keine. Damit kann ich die einstimmige Annahme feststellen. Der nächste Berichterstatter ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute 2 Anträge zur Beschlußfassung vorzubringen. Der erste Antrag behandelt die Genehmigung der Jahresbilanz 1983 der Stadtwerke. Der Antrag lautet:

20. ÖAG - 5015/84

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr;

Jahresbilanz 1983

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegende Jahresbilanz 1983 der Stadtwerke Steyr wird genehmigt.

Gleichzeitig wird gemäß § 59 Abs. 2 Z. 1 des Stadtstatutes der Dotation der Rücklagen (Freie Rücklagen) bei den Teilbetrieben

Krematorium und Leichenhalle	S	200.000,--
Wasserwerk	S	5,300.000,--
Gaswerk	S	1,000.000,--
	S	6,500.000,--
		=====

zugestimmt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (Beilage H)

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Möchte dazu jemand sprechen? Kollege Tremel.

Bürgermeister Schwarz kommt um 16.10 Uhr wieder in die Sitzung zurück.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Jahresbilanz der Stadtwerke für 1983 zeigt, daß auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten im Gegensatz zu Privatunternehmern, daß diese Stadtwerke auf sehr gesunden Füßen steht, daher stimme ich auch der Bilanz zu, womit natürlich auch wiederum verbunden ist die Einschränkung, daß ich damit nicht nachträglich die Zustimmung gebe, die jene Tarif- und Gebührenerhöhungen betreffen, die eben durchgeführt wurden. Laut Bilanz 1983 - so hat Kollege Steinmaßl auch schon hingewiesen - konnte das Wasserwerk und das Gaswerk, Krematorium und Leichenhalle beachtliche Rücklagen und Gewinne in Höhe von rund S 6,6 Mio. erzielen. Insgesamt sieht die Rechnung dann so aus, daß die Verkehrsbetriebe Stadtbad, Kunsteisbahn und Bestattung einen Verlust aufzuweisen haben von S 10,8 Mio. Hier zieht man wieder die Rücklagen und den überschuß, den ich angeführt habe, ab, dann entsteht nur ein Verlust in Höhe von S 4,2 Mio, dazu kommt noch S 1 Mio. aus der Bundesförderung des Nahverkehrs, die ich in der vorliegenden Bilanz nicht gefunden hab, aber auch schon im Finanz- und Rechtsauschuß darüber gesprochen habe. Für jeden fortschrittlichen Kommunal-

politiker in unserer Stadt ist es klar, daß kommunale Leistungen nicht immer kostendeckend sind und der Zuschuß an die eigenen Werke sich ja bescheiden ausnehmen gegenüber jenen Förderungsmitteln, die in Privatwirtschaftsunternehmungen fließen. Hier muß ich doch auch sagen, ein Privatunternehmen ist nun einmal BMW und S 3 Mio. sind für uns sehr hoch im Gegensatz dazu, daß wir eigentlich an Zuschuß für unsere eigenen Werke in Höhe von etwa S 4 Mio. geben, so ist das voll gerechtfertigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kollege Eichhübl als nächster.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die Jahresbilanz der Stadtwerke für 1983 mit ihren 7 Teilbetrieben weist einerseits in den Teilbereichen Stadtbad, Verkehrsbetriebe, Kunsteisbahn und Bestattung einen Verlust in der Höhe von rund S 9,8 Mio. auf. Aus den Teilbetrieben Wasserwerk, Gaswerk, Krematorium und Leichenhalle können aber diesen Verlusten Gewinne und Rücklagen in der Höhe von 6,8 Mio. gegenübergestellt werden, genau sind es S 6,877.881,10. Wenn man dieses Ergebnis der Bilanz aus dem Jahre 1982 gegenüberstellt, aus unserer Sicht zweierlei Beurteilungen. Einerseits weist dieses Ergebnis der Bilanz darauf hin, daß die beiden verantwortlichen Herren, Ing. Wein und OAR: Riedler, sowie die Mitarbeiter dieses Bereiches in wirtschaftlicher und fachlicher Hinsicht ausgezeichnete Arbeit geleistet haben. Andererseits bestätigt es aber auch unsere ständige Forderung der internen Sanierung der Stadtwerke. Denn wenn man bereits die Gewinne einiger Teilbetriebe dazu verwendet, hätte man den Bewohnern unserer Stadt einige Tarifierhöhungen ersparen können, weil ja der Gesamtverlust dann wesentlich geringer ausgefallen wäre. Daher haben wir auch mehrere Tarifierhöhungen im Laufe der letzten Jahre in diesem Bereiche seitens der FPÖ-Gemeinderatsfraktion abgelehnt. Was die Gewinn- und Rücklagenbildung an und für sich betrifft, so muß doch gesagt werden, daß auch Sie, meine Damen und Herren der SPÖ-Rathausmehrheit, in ihrem kommunalen Programm das Bekenntnis verankert haben, daß Dienstleistungen dieser Art an Bewohnern in unserer Stadt nicht immer kostendeckend sein müssen, geschweige zur Gewinnerzielung heranzuziehen sind. Notwendige Förderungen im Bereiche der Stadtwerke in finanzieller Hinsicht wäre daher aus dem allgemeinen Steuerabkommen zu entnehmen. Natürlich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wäre es dann notwendig, in anderen Bereichen Einsparungen vorzunehmen. Nachdem ich ja schon öfter auf Einsparungsmöglichkeiten im Gesamtbudget der Stadt hingewiesen habe, möchte ich heute nicht näher darauf eingehen. Dem vorliegenden Zahlenwerk werden wir selbstverständlich seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung geben. Ich danke Ihnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Das Schlußwort von Kollegen Steinmaßl.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bezüglich des Vorwurfes von Kollegen Trembl, daß er diese S 1 Mio. an Grundleistung nicht gefunden hat in der Bilanz, darf ich Dich ersuchen, daß Du Seite 8 aufschlägst, dort ist die Grundleistung gemäß § 9 ausgewiesen. Genügt Dir die Auskunft. Du hast auch gesagt, daß die Gewinne bzw. Rücklagen muß ich Dir sagen, daß die Stadtwerke verpflichtet sind,

und das gilt auch für Kollegen Eichhübl, nach wirtschaftlichen Prinzipien zu arbeiten, d. h. daß diese Betriebe, obwohl sie Stadtwerke heißen, Gewinne erzielen müssen, damit die Investitionen gesichert sind. Diese Rücklagen in Höhe von S 6,5 Mio, die 1983 gebildet wurden, werden ja dazu verwendet, daß die Investitionen, die für 1984 vorgesehen waren, auch durchgeführt werden. Ich möchte auch betonen, daß diese Rücklagen bei weitem den jährlichen Investitionsaufwand nicht decken können und zum Teil ja auch stark unterschreiten. Herr Bürgermeister, ich glaube, ich habe Auskunft gegeben über die Anfragen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie diesem Rechnungswerk die Zustimmung geben. Danke. Dagegen erhebt sich kein Einspruch. Auch Stimmenthaltungen sind nicht feststellbar. Einstimmigkeit auch in diesem Fall.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag behandelt die vertragliche Preisvereinbarung für die Jahre 1985 und 1986 für die Erdgaslieferung. Der Antrag lautet:

21. ÖAG - 6216/76

Stadtwerke

Erdgasliefervertrag; vertragliche
Preisvereinbarung für die Jahre
1985 und 1986; Vertragsänderung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem im Amtsbericht der Stadtwerke vom 8. 11. 1984 wird der Änderung des Punktes 1.1 sowie der Neufassung der Punkte 7 und 8 des mit GR-Beschluß vom 1. 3. 1977, ÖAG Stadtwerke - 6216/76, genehmigten Erdgasliefervertrages mit der Oö. Ferngas - letztmalig geändert durch GR-Beschluß vom 24. 11. 1983 - im Sinne des Schreibens der Oö. Ferngas GesmbH. Linz vom 12. 7. 1984, Zl. Sg/Lu/4.634, (Preisvereinbarung für die Jahre 1985 und 86, Änderung der Leistungspreisstaffelung sowie des Arbeitspreises) zugestimmt.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu Wortmeldungen? Kollege Humer.

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Erst ein Jahr jung ist die am 24. 11. 1983 genehmigte letzte Preisvereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der Oö. Ferngas. Nun wollen die Aktionäre der Oö. Ferngas, die Voest und die Oö. Industriellenvereinigung, daß durch Änderung der Leistungspreisstaffelung der Stadt Mehraufwendungen von einigen hunderttausend Schilling für 1985 entstehen. Für 1986 würde der Gasankauf sogar Mehraufwendungen in Millionenhöhe erfordern. Im letzten Absatz des Amtsberichtes für 1986 ist sogar von Vorteilen dieser Preisvereinbarungen die Rede. Was der Stadt Mehraufwendungen bringt, wird hier als Vorteil dargestellt. Dieser Feststellung können wir uns nicht anschließen, daher werden wir uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

Im übrigen sollte das Land dafür Sorge tragen, daß analog zum Bund auch das Land ein oberösterreichisches Energiekonzept entwickelt. Bisher bestand dieses Konzept nur aus Lippenbekenntnissen des zuständigen Landesrates der Landesregierung. In diesen Zusammenhang wäre es diskussions- und überlegenswert, daß das Land Oberösterreich Teile der Oö. Ferngas übernimmt. Ein derartiges Unternehmen müßte dann nicht aufgrund des Aktiengesetzes unbedingt gewinnbringend arbeiten. Schließlich handelt es sich um einen täglichen Energiebedarf, ja um einen Lebensbedarf für die gesamte Bevölkerung. Ich ersuche die Verantwortlichen der beiden größeren Parteien, diese Überlegungen in ihren Fraktionen weiter zu verbreiten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für den Beitrag. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Welter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es wird natürlich immer wieder bei meiner Wortmeldung und bei manchen Äußerungen wahrscheinlich auch diesmal wieder ein kleines Raunen und Murren hervorgerufen. Aber der Erdgasliefervertrag mit der Oö. Ferngas sieht doch vor, daß im Wegfall - Kollege Humer - der amtlichen Preisregelung im Jahr 1985 ca. S 780.000,-- oder 1986 rund S 2,7 Mio. mehr für das Erdgas in gleicher Menge bezahlt werden muß, d. h., wenn die beschlossene Preisregelung, die nicht von selbst gekommen ist, sondern auch hier im Gemeinderat, was uns eigentlich nichts angeht, wie manche meinen, bin ich x-mal aufgetreten, dann ist die Arbeiterkammer aufgetreten dadurch weil ich aufgetreten bin. Bei dieser Preisregelung ist ja nur im Eventualfall vorgesorgt, natürlich mit einem erpresserischen Druck. Sollte sie aufgehoben werden, dann müssen wir zahlen, d. h. im Endergebnis würde dann wiederum der Gasabnehmer diesen Preis begleichen müssen. Aber laut diesem Liefervertrag, den wir heute zu beschließen haben, kommt es auf jeden Fall für das Gaswerk zu Mehraufwendungen in Höhe von S 400.000,-- im kommenden Jahr. Ich habe im Finanz- und Rechtsausschuß die Frage gestellt, ob durch diese Mehraufwendungen von S 400.000,-- der Gaspreis steigen wird, und so wurde das von den Vertretern der Mehrheitsfraktion verneint. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß ja die ausländische RAG hier in Oberösterreich den Löwenanteil an der Erdgas- und Erdölförderung hat. Zwischen 1980 und 1983 einen Reinprofit von insgesamt S 2534 Millionen Schilling herausholte. Seitens der Oö. Ferngas wird immer wieder auch in ihrer Begründung hervorgehoben - der Referent war ja so zurückhaltend und hat das nicht verlesen, wo es ja wiederum heißt, das Russengas sei mit Schuld an den Gaspreiserhöhungen. Dem gegenüber möchte ich nicht meine Auffassung vertreten, sondern stehen die Aussagen der ÖMV - im kommenden Jahr rechnet man ja mit einem Rückgang der Verkaufsmenge bei Erdgas auf ca. 3,1 Milliarden m³-gegenüber. Gleichzeitig will aber die ÖMV von den sowjetischen Partnern Preissenkungen abhandeln. Es gibt hier Gespräche, nicht nur daß man mehr Aufträge mitgebracht hat aufgrund des Besuches des Bundeskanzlers Sinowatz, sondern daß auch hier in dieser Rechnung Verhandlungen gepflogen werden, daß der Kubikmeterpreis der Sowjetunion um 8 g in Zukunft verringert wird. Dem gegenüber steht die Preiserhöhung, die sie dann uns auflasten über die Oö. Ferngas. Derzeit - das möchte ich auch nicht verheimlichen - beträgt der Einstandspreis für Erdgas aus der Sowjetunion trotzdem nur S 2,48 pro m³. Sie wissen sicherlich auch wie die Preisgestaltung in unserer Stadt ist. Die Steyrer zahlen für das Erdgas immerhin rund S 5,--/m³. Trotz dieser Tatsache werde ich

für den Abschluß des Erdgaslieferungsvertrages stimmen, nämlich damit die Versorgung der Stadt Steyr mit Erdgas auch in den nächsten Jahren gesichert wird. Es werden auch weitere Maßnahmen von uns notwendig sein, um eben den multinationalen Konzernen, die den Preis bestimmen, ihre Monopolstellung in Oberösterreich zu entziehen. Als erster Schritt, wäre meiner Meinung nach zu setzen, die öffentliche Kontrolle über die RAG mit dem Ziel, die ausländische Öl- und Erdgasförderung tatsächlich auch in unserem Land zu verstaatlichen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen? Der Referent bitte.

STADTRAT RUDOLF STEINWASSL:

Meine Damen und Herren. Ich danke dem Kollegen Trenzl, daß er mir das Schlußwort schon in einigen Sätzen vorweggenommen hat. Ich möchte aber doch einige Worte dazu sagen, bezüglich des Russengases. Wenn es uns als Stadtgemeinde möglich wäre, von einem gasfördernden Land das Gas direkt zu beziehen, wäre das kein Problem, daß wir ein billigeres Gas hätten. Nachdem das aber nicht möglich ist, sind wir praktisch chancenlos, den Preis, den uns die ÖÖ. Ferngas vorschreibt, positiv zu beeinflussen. Ich möchte aber gleich eines sagen. Die für uns ins Haus stehende teurere Gaslieferung wird von den Stadtwerken abgegolten und da möchte ich deutlich dazu sagen, sind wir froh, das die Stadtwerke bei den Gas- und Wasserwerken Gewinne erzielt. Mit diesen Gewinnen können wir diese Preiserhöhungen abwenden und auffangen und sie umwälzen auf den Endverkauf.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Danke. Gibt es eine Stimmenthaltung oder eine Gegenstimme. 2 Enthaltungen. Damit mit Mehrheit beschlossen. Kollege Stadtrat Wallner bitte.
(2 Enthaltungen FPÖ)

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich würde mich sehr freuen, wenn ich auch ein solches Lob einstecken könnte, wie Kollege Wippersberger. Was das Gewicht und den Umfang der Akten betrifft, so bin ich sicher, daß ich vor dem Kollegen Wippersberger rangiere.

Ich habe Ihnen 5 Anträge des Stadtsenates an den Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag betrifft die Übernahme der Zehetnerstraße ins öffentliche Gut.

22. ÖAG - 1624/84

ÖAG - 1838/84

Herstellung der Grundbuchsordnung im Bereiche der Zehetnerstraße, Glinsnerstraße und Löwengutweg

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme der Zehetnerstraße in das öffentliche Gut als Gemeindestraße und der Ausscheidung verschiedener Grundteile aus dem öffentlichen Gut und ihre Rückführung in das Eigentum der Ehegatten Hutsteiner (EZ. 2 KG Föhrenscherl) bzw. Gerstmayr (EZ. 34 KG Schwarzenthal) nach Maßgabe der Vermessungspläne des Dipl.-Ing. Mayrhofer vom 24.9.194, GZ.5560/84, wird zugestimmt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Es gibt keine. Dagegen ist niemand. Somit ist ein einstimmiger Beschluß gefaßt.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Beim zweiten Antrag geht es um die Novellierung der Marktordnung der Stadt Steyr. Die Novellierung ist notwendig durch die Aufnahme des Christkindlmarktes am Brucknerplatz und des Weihnachtsmarktes in Steyrdorf. Wie Sie wissen, kommt das Hauptgewicht zweifellos dem Steyrer Christkindlmarkt auf dem Areal des Brucknerplatzes zu. Die Eröffnung - diese stand ja in allen Zeitungen - findet ja bekanntlich am Samstag dieser Woche statt. Ich glaube, daß es sich hier um eine sehr gute Einrichtung handelt.

23. Ge- 3140/81

Marktordnung der Stadt Steyr;
Novellierung; "Christkindl- bzw.
Weihnachtsmarkt";

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. 11. 1984 wird die beiliegende Änderung der Marktordnung der Stadt Steyr hiemit genehmigt.

(Beilage I)

Ich bitte Sie um Genehmigung dieser Marktordnung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Erheben sich Einwände? Auch nicht der Fall. Damit einstimmiger Beschluß.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft eine Bebauungsplangenehmigung. Ich ersuche um Ihre Genehmigung.

24. Bau 2 - 1124/82

Bebauungsplan "Ennser Straße Nr. 46"

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 46 " E n n s e r S t r a ß e " wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA. XI vom 29. 10. 1984 entsprechend den Planunterlagen des Dipl.-Ing. Eberhard Neudeck vom 20. 12. 1982 gem. § 21 Abs. 4 und 5 des Öö. Raumordnungsgesetzes, LGBL. Nr. 18/1972 i.d.g.F., beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ebenso eine Bebauungsplangenehmigung betrifft meinen nächsten Antrag, und zwar den Bebauungsplan Nr. 47 - Stein.

25. Bau 2 1125/82

Bebauungsplan Nr. 47 - Stein

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 47 " S T E I N " wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA. XI vom 30. 10. 1984 entsprechend den Planunterlagen des Dipl.-Ing. Eberhard Neudeck vom 20. 12. 1982 gem. § 21 Abs. 4 und 5 des Öö. Raumordnungsgesetzes, LGBL. Nr. 18/1972 i.d.g.F., beschlossen.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu keine Anmerkungen. Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sie wissen, daß in 5-Jahresabständen der Flächenwidmungsplan zu überprüfen ist. In meinem letzten Antrag geht es um eine Flächenwidmungsplanänderung.

26. Bau 2 - 327/83

Änderung des Flächenwidmungs-
planes der Stadt Steyr

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Änderungen des Flächenwidmungsplanes "Steyr" unter den Nrn. 4, 6 - 11, 13 - 24 und 27 - 30 werden nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA. XI vom 23. 10. 1984 entsprechend den Planänderunterlagen des Stadtbauamtes vom 15. 9. 1983 gem. § 23 Abs. 3 Öö. Raumordnungsgesetz, LGBL. Nr. 18/1972 i.d.g.F., in Verbindung mit § 21 Abs. 4 und 5 Öö. Raumordnungsgesetz, LGBL.Nr.18/1972, beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen. Danke Kollege Wallner für seine Berichte. Kollege Stadtrat Zöchling ist der nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf Ihnen heute insgesamt 5 Anträge zur Beschlußfassung vorlegen. Der erste Antrag lautet:

27. Bau 5 - 877/84

Errichtung eines Feuerwehrzeug-
hauses in Münichholz; Grundankauf

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf des neu geschaffenen Grundstückes 352/9 KG Hinterberg im Ausmaß von 1.430 m² zum Preis von S 350,--/m², demnach um S 500.500,--, vor der Wohnungs-AG Linz, wird zugestimmt. Der Ankauf erfolgt zur Errichtung eines Feuerwehrzeughauses. Der WAG ist zur Sicherung dieses Verwendungszweckes ein Wiederkaufsrecht grundbücherlich einzuräumen. Die Kosten des Vertrages und seiner Durchführung gehen zu Lasten der Stadtgemeinde.

Zur Durchführung des Rechtsgeschäftes wird ein Betrag von S 546.000,-- als Kreditüberschreitung bei VA-St. 5/840000/001000 bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Darlehensaufnahme.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um die Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben. Danke. Enthaltungen keine. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Beim nächsten Antrag geht es um einen Verkauf eines Industriegrundstückes. Der Antrag lautet:

28. ÖAG - 6790/84

Verkauf eines Industriegrund-
stückes an der Wolfener Straße
an Alois Puchner

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abverkauf des Grundstückes 1576/4 KG Föhrenschacherl zuzüglich 96 m² Straßengrund an Herrn Alois Puchner, Kfz.-Mechanikermeister, Vestenthal 54, Haidershofen, wird zugestimmt. Der Kaufpreis beträgt S 320,--/m². Die verkaufte Grundfläche ist ausschließlich zur Errichtung und Etablierung eines Gewerbebetriebes des Käufers innerhalb von 3 Jahren zu verwenden, wobei diese Verpflichtung durch ein Vor- und Wiederkaufsrecht der Stadt zu sichern ist. Die Entrichtung des Kaufpreises kann in 3 gleichen unverzinslichen Jahresraten, wertgesichert nach dem Verbraucherpreisindex erfolgen, wobei die erste Zahlung bei Vertragsabschluß fällig ist. Der Kaufpreisrest ist auf dem Kaufobjekt pfandrechtlich sicherzustellen. Sämtliche Kosten und Gebühren des Käufers trägt der Käufer.

Ich bitte Sie um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Damit auch einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag behandelt die Mülldeponie der Stadt Steyr. Der Antrag an Sie meine Damen und Herren lautet:

29. Wa - 4125/73

Mülldeponie der Stadt Steyr
in der KG Gleink; Liegenschaft
EZ. 157, KG Gleink, Fam. Steinkogler

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 7. 11. 1984 wird dem Ankauf der Liegenschaft der Ehegatten Bruno und Hermeline Steinkogler, EZ. 157, 49207 Gleink, bestehend aus den Grundstücken 1087 LN, 177 Bfl., zum Preis von S 2,5 Mio - zuzügl. Steuern, Abgaben und Maklerprovision S 2,7 Mio. - zugestimmt.

Gleichzeitig ergeht die Zustimmung, daß der reine Kaufpreis in Höhe von S 2,5 Mio. für den Ankauf der Ersatzliegenschaft in Steyr-Dietach, Kerschberg, EZ. 339, KG 49219 Mitterdietach, bestehend aus dem Grundstück 226/7 Garten, im Ausmaß von 1.032 m², mit allem rechtlichen und bürgerlichen Zubehör und allem was damit niet- und nagelfest verbunden ist, verwendet wird.

Der Kaufpreis ist binnen zwei Wochen nach verbücherungsfähiger Unterfertigung des Kaufvertrages bzw. Eigentumsübertragungsurkunde seitens der Stadtgemeinde Steyr an die Ehegatten Bruno und Hermeline Steinkogler auf ein von ihnen bekanntzugebendes Konto zu bezahlen.

Ansonsten erfolgt der rechtskräftige Abschluß der Vertragsvereinbarung zu den Bedingungen des umseitigen Amtsberichtes.

Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von

S 2,7 Millionen (zweimillionensiebenhunderttausend)

werden als Kreditübertragung bei VST 5/813000/050440 bewilligt. Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben. Danke, dagegen ist auch niemand. Einstimmiger Beschluß.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag lautet:

30. ÖAG - 3490/84

Dr. Eduard Fellinger; Ansuchen
um Grundverkauf (Tröschbergergut)

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abverkauf der Grundstücke 92 Bgl. Haus, 760 Acker, 761 Garten, 762 Acker, 763 Garten, 764 Wiese, 765 Acker, 766 Wiese, 771 Acker, 772 Acker, 774 Acker, 775 Wiese, 778/1 Wiese, im Ausmaß von 126.853 m² aus der EZ. 58 KG St. Ulrich, Tröschbergerweg Nr. 1, an Tierarzt Dr. Eduard Fellinger, zu dem im Amtsbericht bezeichneten Zweck wird zugestimmt. Der Kaufpreis beträgt insgesamt S 2.720.000,-- und kann in 2 gleichen Jahresraten unverzinslich, jedoch gegen Einräumung der Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex errichtet werden. Sämtliche Kosten des Grunderwerbes sind vom Käufer zu tragen.

Ich bitte Sie um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Bitte Kollege Humer.

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Am Freitag vergangener Woche wurde der Amtsbericht mit dem Sitzungsprotokoll zugestellt. Am nächsten Tag hat man in den Öö. Nachrichten gelesen, daß dieses Grundstück von der Stadt Steyr Herrn Dr. Fellinger verkauft wird. Ich kenne das Grundstück selbst sehr gut. Ich habe am Samstag gesehen, daß dieses Wirtschaftsobjekt arg verfallen ist, zum Teil abgerissen und in einem desolaten Zustand ist. Wenn wir dem Antragsteller für die Erwerbung dieses Grundstückes auf die Begründung näher eingehen, hat er angesucht um 8 - 15 Joch für die Errichtung dieser Pferdepflegestation. Da das, glaube ich 25 Joch sind, wäre es möglich, daß er das restliche Grundstück weiterverpachtet. Wir müssen noch bedenken, ob dieser Ankauf des Grundstückes nicht umgewidmet wird von Grünland in Bauland. Hier hat sich die Presse das wohl gedacht - es wurden ja bezüglich dieser Angelegenheit Gespräche mit dem Bürgermeister von St. Ulrich geführt - und ich nehme nicht an, daß das der Fall sein wird. Wir geben diesem Antrag die Zustimmung, mit dem Bemerkten, daß hier hoffentlich keine Spekulationen daraus entstehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Zur Aufklärung darf ich sagen, daß dieses Grundstück, das wir hier verkaufen, außerhalb unserer Gemeinde liegt. Wir haben bisher mit Grundstücken, die nicht im Gemeindegebiet lagen, verwendungsmäßig sicherlich Einschränkungen auf uns nehmen müssen. Ich darf erinnern

an St. Ulrich, an die Gründe im Anschluß an die Fellinginger Siedlung, sodaß dieser Verkauf meines Erachtens nach eine vernünftige Lösung ist. Wir haben uns schon mehrfach bemüht und diese Gründe anderen angeboten. Bezüglich der Widmung ist das nicht eine Angelegenheit der Stadtgemeinde Steyr, sondern es ist Angelegenheit des neuen Besitzers, sich mit der Gemeinde St. Ulrich entsprechend auseinanderzusetzen. Dr. Fellinginger ist sicherlich kein Spekulant. Das darf ich in dieser Richtung sagen.

Der Kollege Holub möchte dazu noch etwas sagen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates !

Ich habe zwar keinen vorgeschobenen Beobachtungsposten am Tröschberg, kenne aber trotzdem die nähere Umgebung von Steyr einschließlich der Gemeindegrenzen unserer Stadt. Es ist mir auch bekannt, daß das Grundstück nicht innerhalb unserer Stadtgrenzen liegt. Ich möchte aber über die Vorgangsweise hier selbst ein paar Gedanken von mir geben. Grundsätzlich bestehen überhaupt keine Zweifel in der Integrität des Erwerbers. Andererseits - ich weiß nicht, ob jemand den Sketch von Emil kennt, dem Schweizer Komiker mit dem Dreisprung, wo man gekonnte Rechnungen aufstellen kann. Wenn Sie sich, meine Damen und Herren, den Dreisprung anschauen, der hier mit den Wertminderungen des Grundstückes aufgeführt wurde, so kann man den Erwerbspreis zumindest als wohlfeil betrachten. Es ist zweifellos ein außerordentlich kulanter Preis, der hier entgegengenommen wird und die eine oder andere als gravierender Nachteil dargestellte Eigenheit dieser Liegenschaft ist im Grunde genommen kein Nachteil für eine landwirtschaftliche Nutzung. Der Amtsbericht ist gekonnt gemacht, wenn man nicht versucht, zwischen den Zeilen zu lesen, erkennt man gar nicht - wenn ich jetzt bößhaft wäre, würde ich sagen - das Geschenk, das hier gemacht wurde. Ein zweiter Aspekt sollte schon noch hier gesagt werden. Sie finden zwar im Amtsbericht, daß die Tröschbergliegenschaft in der Folgezeit verschiedenen Landwirten angeboten wurde, es aber niemals zu einem Tausch gekommen ist, das glaube ich schon. Es wäre im Sinne der Verwaltung des öffentlichen Vermögens sehr zweckmäßig. Wenn man von wesentlichen Veräußerungen die Öffentlichkeit vorher in Kenntnis setzt, weil es ja der Fall sein könnte, daß über den Kreis der bisher befragten hinaus andere Interessenten auftreten. Denn gefragt zum Tausch wurden ja nur solche Landwirte, die an die öffentliche Hand Grund und Boden für verschiedene Bauvorhaben abtreten mußten. Es wäre denkbar, daß der eine oder andere Interessent doch auf den Plan aufgetreten wäre, der unter Umständen - das werden Sie mir um nichts in der Welt entkräften können - nicht diesen Finanzierungsdreisprung mitgemacht hätte, sondern einen Fernpreis für die Liegenschaft bezahlt hätte. Wir stimmen in Anbetracht der Persönlichkeit des Dr. Fellinginger dieser Transaktion zu. Ich bitte Sie aber wirklich von ganzem Herzen aus Gründen der Optik und Ernsthaftigkeit der finanziellen Abwicklungen der Stadt Steyr in Hinkunft um sorgfältigere Bearbeitung beabsichtigten Verkäufen von städtischen Grund und Boden, selbst dann, wenn diese nicht innerhalb unserer Stadtmauern liegt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke auch für diesen Beitrag. Ich darf aber nochmals auf meine ursprünglichen Ausführungen ganz kurz hinweisen und die Angaben im Amtsbericht haben sicherlich ihre Richtigkeit, daß wir bei der Verwertbarkeit von Gründen, die außerhalb des Stadtgebietes liegen, bisher keine sehr guten Erfahrungen gemacht haben und ich glaube, daß man auch diese Umstände in diese Preisüberlegung miteinbeziehen muß. Zu Herrn Humer, der sagte, das steht schon in der Presse und wir haben erst die Mitteilungen bekommen. Der größte Teil, der heute zu beschließenden

Anträge hat den Stadtsenat bereits passiert und der Regelfall der ist, daß im Anschluß an eine Stadtsenatssitzung eine Pressekonferenz stattfindet, wo die Presse entsprechend informiert ist. Das ist also kein ungewöhnlicher Vorgang.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Ich glaube außerdem, wir haben um Jahre vorgearbeitet. Denn wie heute alle Fraktionen über den Umweltschutz und über die Umwelt sprechen, so wird sicherlich in einigen Jahren über den Tierschutz gesprochen werden. Da haben wir heute schon eine sehr gute Tat getan.

Allgemeines Gelächter.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben. Danke. Dagegen ist auch niemand, Keine Enthaltungen. Somit auch hier ein einstimmiger Beschluß. Der letzte Antrag bitte.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING!

Der Antrag lautet:

31. GHJ 2 - 2746/82

Haratzmüllerstraße 37

Fenstererneuerung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. VI vom 9. 11. 1984 werden im Zusammenhang mit der Erneuerung der schadhafte Holzfenster beim gemeindeeigenen Objekt Haratzmüllerstraße 37 nachstehende Aufträge vergeben:

1. Kunststoffschnelltauschfenster

an die Fa. Reform, Gleink, zum Preis von S 626.773,-- o. MvSt.

2. Spenglerarbeiten

an die Fa. Bandzauner, Steyr, zum Preis von S 26.133,-- o. MvSt.

Gleichzeitig wird zur Aufbringung der für diese Arbeiten insgesamt erforderlichen Mittel von S 652.906,-- der Einbringung eines Antrages gem. § 18 MRG beim Bezirksgericht Steyr zugestimmt.

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 653.906,-- (sechshundertdreißigtausendneinhundertsechs)

bleibt einem gesonderten Beschluß des hierfür nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständigen Organes im Rechnungsjahr 1985 vorbehalten.

Ich bitte Sie um Die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe es gibt keine. Auch dieser Antrag findet, wie ich sehe, die Zustimmung. Danke für die Berichterstattungen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt. Wir kommen nunmehr zur "Aktuellen Stunde". Von der sozialistischen Fraktion Kollege Pimpl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kollegen des Gemeinderates!

Das Problem ist uns vertraut, die Situation ist und bekannt und schreit um Nachhilfe, nämlich . die Verkehrssituation stadtaus- und stadteinwärts von der Haratzmüllerstraße kommend, von der Dukartstraße und vom Tabor kommend und ebenfalls hinausführend. Seit Jahren wissen wir, daß dort jeder Verkehrsteilnehmer bereits mit Schrecken dieses Straßenstück befährt, daß die Anrainer zu den Umwältgeschädigten gehören im wahrsten Sinne des Wortes, daß wir seit Jahren versuchen, eine Lösung dieser Verkehrsfrage zu finden.

Wir haben bereits im Jahre 1981 Herrn Prof. Dorfworth beauftragt, eine Verkehrserhebung zu machen und diese hat uns den vielleicht dort oder da bestehenden subjektiven Eindruck mehr als bestätigt. Mittlerweile sind wieder drei Jahre vergangen, das Verkehrsaufkommen hat sich weiter verstärkt. Ich darf das mit einigen Zahlen untermauern. In diesem Zeitraum ist das BMW-Werk fertiggestellt worden. Es sind fast 1.100 Mitarbeiter dort beschäftigt. Es sind im Bereich Münichholz etwa 500 Wohnungseinheiten hinzugekommen. Der Verkehr im Bereich Ramingtal und der Verkehr des angrenzenden Niederösterreichs führt sehr stark über die Stadt Steyr Richtung Enns und Linz oder auch in den Raum Wolfen. 100 Wohneinheiten sind im Bereich Haidershofen dazugekommen. Das Verkehrsaufkommen hat sich nach dem heutigen Stand, hochgerechnet von der damaligen Verkehrszählung ausgehend, auf einen Tagesverkehr in der Haratzmüllerstraße auf 24.000 Fahrzeuge erhöht. Spitzenzeiten sprechen davon, daß es bereits 26.000 Fahrzeuge sind, die diesen Bereich befahren. Wir waren und sind nach wie vor der Meinung, daß das Verlangen der Steyrer Wirtschaft aber auch der Steyrer Bevölkerung nach Errichtung einer günstigen und vor allem verkehrswichtigen Verbindung nach Enns und Linz besteht, Abhilfe geschaffen werden kann, daß aber unbedingt die Voraussetzung für eine solche Verbindung benötigt wird, die den Verkehr an den von mir genannten Straßen über eine neue Brücke bzw. Straße einbindet an die sogenannte S 37. Wir haben seit Jahren beim Land und beim Bund auf diesen Umstand hingewiesen. Im Frühjahr dieses Jahres wurde der Bauminister in Steyr auf unsere Einladung hin über die Dringlichkeit dieser Maßnahmen informiert und ich hatte Gelegenheit, selbst dabei zu sein. Er hat uns zugesichert, diese für die Steyrer Bevölkerung so notwendige Maßnahme zu unterstützen und auch entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. In der Zwischenzeit wurde uns bekannt, daß durch ein Spitzengespräch mit dem Straßenverkehrsreferenten des Landes, Herrn Landesrat Winetzhammer und Bauminister Sekanina Übereinstimmung gefunden wurde, daß die sehr umkämpfte S 37 vor allem von der Bevölkerung angrenzender Gemeinden nicht zum Bau kommen wird sondern eine andere Lösung gesucht werden wird.

Etwas was uns als Steyrer sehr sehr überrascht hat, weil wir immer wieder durch entsprechende Äußerungen im Gemeinderat darauf hingewiesen haben und zuletzt auch bei einem Betriebsbesuch von BMW von Generaldirektor Büchelhofer auf diesen Umstand hingewiesen wurde, eine bessere Straßenverbindung in dieser Richtung zu fassen. Der gestrige Besuch von Herrn Landesrat Winetzhammer läßt allerdings die Befürchtung laut werden, daß diese Einigung, die S 37 und damit die von uns angestrebte und geplante neue Straßenverbindung als sogenannte "Nordspange" damit dem Bleistift zum Opfer gefallen ist. Zwei Äußerungen bestärken mich in dieser Annahme und ich darf Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen bitten, gegen diese beabsichtigte zu Lasten der Steyrer Bevölkerung getroffene Maßnahme schärfstens anzukämpfen. Herr Landesrat Winetzhammer hat gestern einerseits erklärt, daß es

eigentlich die Stadt Steyr und ihr Bürgermeister war, der die Ursache dafür ist, daß die S 37 nicht gebaut wird. Der Herr Bürgermeister und der Herr Magistratsdirektor haben sofort auf den Umstand hingewiesen, daß diese Äußerung nie gemacht wurde und daß die Stadt Steyr nach wie vor auf eine bessere Verkehrs- bzw. Straßenverbindung drängt. Zum zweiten hat Herr Landesrat Winetzhammer hingewiesen, daß durch das nicht mehr Weiterverfolgen der S 37 auch damit die Nordspange miteinbezogen ist und eine Realisierung der von uns so benötigten Straßenverbindung auf Jahre hinaus damit hintangestellt ist. Es wurde von den ihn begleitenden Herren die Aussage gemacht, daß es mindestens 3 Jahre dauern wird, um eine Neuplanung vorzunehmen und ohne einer Neuplanung der Verkehrsverbindung Steyr - Enns ist es nicht möglich, die Nordspange zu errichten. Man hat uns zwar sehr wortreich begründet, warum etwas nicht geht, aber man hat uns nicht gesagt, wie man etwas machen kann oder wie man dazu beitragen kann, daß etwas geht, was so dringend erforderlich ist. Ich möchte mich hier in dieser Form zu Wort melden, weil ich weiß, daß die Bevölkerung, die täglich mit entsprechenden Vorsprachen ihr Begehren untermauert und wir alle aus eigener Wahrnehmung wissen, daß täglich der Verkehr tatsächlich zusammenbricht, weil er halt nicht mehr aufnahmefähig ist. Wir finden uns natürlich mit diesem Zustand nicht ab, weil es natürlich wieder 10 Jahre dauern könnte, bis daß ein Problem, das heute schon fast zu spät ist, nicht mehr benötigt wird, weil wir dann auf eine solche Regelung verzichten müßten.

Ich glaube, daß dieses Anliegen offenbar so verstanden wird, daß sich darüber nur die sozialistische Fraktion darüber bewußt ist, weil ich nicht daraus ableiten habe können aus dem gestrigen Verhalten der anwesenden Mandatäre, daß das ein Problem aller Fraktionen und Bürger unserer Stadt ist. Ich möchte nochmals mit Nachdruck hier vorbringen, daß erstens die Nordspange unabhängig der Errichtung einer besseren Verbindung von Steyr nach Enns errichtet wird, weil die Verkehrssituation dies dringendst notwendig macht und daß wir klarstellen, daß es gar nicht die Stadt Steyr sein konnte, die einseitig auf eine Straßenverbindung und die im Bundesstraßenverzeichnis enthalten ist, verzichten kann und will. Wir bestehen nach wie vor darauf, daß unsere Probleme sowohl von Bund als auch von Land entsprechend behandelt werden und die Bürger unserer Stadt aus solchen Übereinkommen und Aussagen keine Nachteile erwachsen dürfen.

BÜRGERMEISTER HIENRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Pimsel für dieses doch sehr wichtige Problem. Ich werde mir erlauben, im Anschluß daran einiges zu sagen. Jetzt zuerst Kollege Fritsch für die ÖVP.

Gemeinderat Reisner verläßt um 17.00 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, es ist doch notwendig, vielleicht auch aus Sicht eines Mandatars, der dort anwesend war und von Kollegen Pimsel als scheinbar nicht seiner Meinung und Auffassung sich Unterziehender apostrophiert wurde, einiges zu sagen.

Zwei Dinge gibt es aus meiner Sicht. Nummer eins, es ist doch irrig Herr Kollege Pimsel und es widerspricht nicht den Tatsachen, anzunehmen, daß dann, wenn z. B. die "S 37" sofort gebaut würde, damit der Verkehrsinfarkt in unseren Bereichen - Posthofstraße, Haratzmüllersstraße - einer Lösung zugeführt würde. Im Gegenteil. Die Tat-

sache ist, daß das Verkehrsaufkommen in diesen Bereichen gleich bleibt oder stärker wird, aber keine Abhilfe oder Entlastung durch die "S 37" damit ermöglicht wäre. Das wesentlichste, daß eine Entlastung in diesen von Ihnen apostrophierten Gebieten bringt, ist die sogenannte "Nordspange". Das wesentlichste ist, daß ich den Verkehr, sowohl den Privatal- als auch den Firmenverkehr - auch aus dem BMW-Werk bzw. aus den Steyr-Werken hier vorwiegend Wälzlagerwerk - aus dem Innerstadtbereich abziehe und in den Zentralraum über diese Nordspange ableite. Hier haben wir alle miteinander aus einer dazumals nicht klar erkennbaren Sicht alles auf die S 37 projiziert und sämtliche Energien auf diese Schnellstraße auch wirken lassen. Die Tatsache, Kollege Pimpl, ist doch jetzt folgende. Hier beziehe ich mich zuerst auf die "S 37". Es hat nach Amtsantritt von Bürgermeister Schwarz ein Gespräch mit Kollegen Wippersberger, dem Herrn Magistratsdirektor und mit mir bei Herrn Landeshaupmann Dr. Josef Ratzenböck und im Beisein des Herrn Landesrates Winetzhammer stattgefunden, wo jene Probleme auch einer eingehenden Erörterung unterzogen wurden. Bei diesem Gespräch ist unseren genannten Gesprächspartnern erklärt worden, daß wir auf eine leistungsfähige Straße und auf eine leistungsfähige Verbindung und Anbindung in den Zentralraum größten Wert legen. Und auch die Aussprache des Herrn Bürgermeisters Schwarz kann ich apostrophieren, er hat sie auch gestern in diesem Gespräch bestätigt, hat dahin gegipfelt, wir brauchen so bald wie möglich eine Anbindung, es muß aber nicht unbedingt eine Schnellstraße sein. Wir verzichten darauf nicht grundsätzlich, sondern weil wir der Auffassung waren - das glaube ich, sind Sie auch alle miteinander -, daß die Nordspange einer eheren Realisierung zu unterziehen sei als die "S 37". Die Probleme und Schwierigkeiten mit dieser Schnellstraße sind Ihnen allen bestens bekannt. Das sind keine Widerstände, die von einer Partei oder von einer einzigen Fraktion ausgehen, sondern das sind Widerstände aus allen Bevölkerungskreisen, mit denen auch Bautenminister Sekanina des öfteren konfrontiert wurde und er sich selbst geäußert hat, bevor diese Widerstände nicht da sind, da baue er diese Straße nicht. Jetzt komme ich zum zweiten Problem Kollege Pimpl. Das ist diese Nordspange. Auch Sie waren bei dem Gespräch dabei und ich bitte auch, wenn Sie den Gemeinderat von diesem Gesprächsinhalt informieren, dies vollinhaltlich zu tun. Sie haben es jetzt so gebracht, also grundsätzlich der Verhinderer, Zauberer oder Zögerer in dieser Problematik waren die Landesbaudirektion und der zuständige Referent. Ich bitte Sie doch, Kollege Pimpl, daran zu erinnern, was alle Beamten gesagt haben und die sind ja schließlich und endlich aussagekräftig dafür, daß sie eben auch die Fakten klar auf den Tisch legen, daß sie aus ihrer Sicht nie glauben, daß die Nordspange für sich alleine einer ministeriellen Bewilligung unterzogen wird, sondern das Bautenministerium verlangt eine generelle Trassierung und eine generelle Planung Nordspange plus Einbindung in den Zentralraum. Das heißt, daß nur die Auflagen des Bundesministeriums für Bauten und Technik von den Beamten getreu ihren entsprechenden Eiden und Verpflichtungen auch letztlich erfüllt werden müssen. Und noch etwas dazu. Diese Nordspange beinhaltet bekanntlich vier ausgearbeitete Varianten. Der Gemeinderat hatte sich für die Variante D bis gestern entschieden gehabt. Erst gestern wurde dem Herrn Landesrat Winetzhammer bzw. dem Landesbaudirektor und seinen Mitarbeitern ein neuer Vorschlag des Bauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vorgebracht und zur Verfügung gestellt. Es ist dies ein völlig neuer Aspekt, der bisher alle anderen Varianten

als nicht die glücklichste Lösung bezeichnen läßt, sondern für mich hat dieser Vorschlag des Bauamtes für die Nordspange, Brückentrassierung, Einbindung usw. entsprechendes Diskussionsfundament. Man kann doch nicht verlangen, daß eine Entscheidung sofort in die vorgelegte neue Variante fallen kann, sondern daß man sich einmal damit auseinandersetzen muß und das wesentlichste daran ist doch, egal um welche Variante es sich handelt, daß laut Aussage der Beamten der Landesbaudirektion von seiten des Ministeriums für Bauten und Technik sicherlich eine völlige Trassierung der gesamten Strecke damit verlangt wird. Sie müssen aber auch ehrlich sein, daß von diesem Gespräch von seiten der anwesenden und zitierten Beamten nicht gesagt wurde, daß das jetzt auf die lange Bank geschoben wird, wir wollen hier in Steyr etwas verhindern, sondern sie haben gesagt, daß an und für sich von ihrer Warte aus das Projekt betrieben werden wird, wiesen aber darauf hin, daß die Auflagen des Ministeriums in diese Richtung fallen. Tatsache ist natürlich auch noch weiters, daß entsprechende Genehmigungen und unter Umständen auch aus der Sicht des Umweltschutzes noch abgewartet werden müssen. Wir alle, und dessen bin ich mir sicher, haben größtes und stärkstes Interesse daran, daß die entlastende Nordspange so bald als möglich errichtet wird. Welche Möglichkeiten sich bieten - ich glaube für jede Fraktion, die Einfluß hat, sprechen zu können - werden wir wahrnehmen. Aber an der Realität gewisser gesetzlicher Auflagen kommen wir nicht heran und ich würde bitten, diese Dinge weniger mit Polemik als mit sachlicher Überlegung zu diskutieren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diesen Beitrag. Seitens der freiheitlichen Partei Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium! Ich kann mich mit meiner Wortmeldung kurz fassen. Obwohl wir bei diesem Gespräch, das mehrmals angezogen wurde, nicht dabei gewesen sind, weil wir ja in diesem Gremium nicht vertreten sind, haben wir uns immer seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion für eine leistungsfähige Straßenverbindung von Steyr in den oberösterreichischen Zentralraum ausgesprochen und wir werden diese Bestrebungen auch immer wieder unterstützen. Die Gründe, die für einen derartigen Aus- oder Neubau einer solchen Straße sprechen, wurden ja von Kollegen Pimsel mit Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Nachdem die Diskussionen und Gespräche in die Richtung gegangen sind, daß eine S 37 nicht errichtet werden wird, bekennen wir uns selbstverständlich zur Errichtung der sogenannten Nordspange und wir haben das auch mehrere Male zum Ausdruck gebracht. Das wäre die eine Seite des großen Problems. Ich möchte aber doch ein kleines Problem bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen. Betroffen ist auch die Haratzmüllerstraße von jenen Verkehrsinfarkten, die von Dir Kollege Pimsel angezogen wurden und ich möchte nur meinen Beitrag bringen, wie man örtlich dieses Problem verbessern kann. Es ist mir unverständlich, daß nach wie vor bei dem neu errichteten Bauhaus im Bereich des Kreisverkehrs die Möglichkeit besteht, in der Nähe der Tankstelle ab- und zuzufahren. Das wäre eine vordringliche Aufgabe, dieses Problem örtlich zu lösen. Ich danke Ihnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Die Sachen hat ja mit seinem Beitrag, den er ja zur Diskussion stellt hier in der "Aktuellen Stunde", sehr richtig die Verkehrssituation in der Stadt Steyr aber auch gleichzeitig von und nach Steyr aufgezeigt. Ich glaube, es nützt nichts, wenn man heute schöne Reden hält. Wir sind ja immer dafür gewesen, daß eine leistungsfähige Straße in den Zentralraum von und nach Steyr geführt wird. Es war eindeutig, Sie brauchen nur im Entwicklungskonzept nachlesen, das wir weitgehend erfüllt haben und es haben sich alle Fraktionen hier im Gemeinderat geeinigt und sind einheitlich aufgetreten für den Bau der "S 37". Wir waren alle gemeinsam der Auffassung, daß es notwendig ist, um die Benachteiligung vor allem der Stadt Steyr hier zu beseitigen, d. h. daß wir auch entsprechenden Anschluß zur Westautobahn haben.

Meine Damen und Herren, bei der Beschlußfassung unseres laufenden Entwicklungskonzeptes habe ich in meinem Diskussionsbeitrag ja hingewiesen, was für uns Kommunisten überraschend war, daß wir von seiten der Mehrheitsfraktion diesen schnellen Ausbau der "S 37" fallengelassen haben, ohne eingehende Diskussion. Ich möchte nochmals erinnern, wir haben alle gemeinsam mit meiner Stimme beschlossen abzugehen von der S 37 und wir haben verlangt in diesem Konzept eine leistungsfähige Straße in dem oberösterreichischen Zentralraum mit Anschluß an die Westautobahn und die Herstellung des Nordknotens mit der Errichtung der vierten Ennsbrücke. Und dazu bekennen wir uns.

Meine Damen und Herren, es ist doch entscheidend, auch beim Auftreten in der Öffentlichkeit aber auch gleichzeitig gegenüber verschiedenen öffentlichen Stellen. Einige Kollegen haben ja schon vorher hingewiesen, daß der Gemeinderat diskutieren kann in kommunalen Fragen, über die Interessen der Stadt. Aber diese müssen ja auch vertreten werden in bestimmten Körperschaften. Dazu werden ja auch Mandatäre gewählt, die nicht bei uns hier sitzen, aber doch für die Region zuständig sind, die nämlich im Landtag sitzen, die in der Landesregierung ihre Aufgaben erfüllen und die eigentlich die Interessen ihrer Heimatstadt dort konsequent vertreten müssen. Ich habe die Herren von der Landesregierung gesehen wie sie nach Steyr gekommen sind. Ich sehe auch manche Herren, die nach Linz in die Landesregierung fahren und auch als Landtagsabgeordnete in den Landtag. Die Debatte über das Budget 1985, wo unter anderem auch solche Straßenbaumaßnahmen festgelegt und beschlossen werden, findet zwar erst einen Tag vor unserer Budgetdebatte statt, nämlich am 12. Die Vorbereitungsgespräche haben ja stattgefunden und man hat sich im Landesfinanzausschuß schon geeinigt, nämlich zum Budget 1985 ja zu sagen. Die SP hat ja sehr großzügig im Tagblatt geschrieben, wir stimmen auch zu, weil weitgehend unsere Vorschläge berücksichtigt worden sind. In diesem Finanzplan ist kein einziger Schilling dafür vorgesehen weder für die Nordspange, noch für die S 37. Hier müssen wir als Gemeinderat gemeinsam auftreten und auch verlangen. Nicht nur groß sprechen und Versprechungen hier abgeben, sondern daß auch die Vertreter der verschiedenen Parteien hier zusammenhelfen, damit eben diese Benachteiligung der Verbindung nach Steyr beseitigt wird. Es kommen ja nächstes Jahr wieder die Wahlen und ich kann mich noch gut erinnern, als man zu den Wahlen 1979 besonders auch von seiten der sozialistischen Partei diese Frage in den Mittelpunkt gestellt hat. Ich glaube, daß es von Bund bis Land nicht ermöglicht werden wird, in absehbarer Zeit eine solche leistungsfähige Straße zu errichten. Ich bin aber der Auffassung, daß wir als Gemeinderäte alles unternehmen müssen, dies stärker als bisher zu forcieren. Ich glaube, daß es notwendig ist, gerade in dieser wichtigen Frage eine Sondersitzung des Gemeinderates einzuberufen, wo wir dieses Problem noch ausführlich, vor allem in

aller Ruhe, diskutieren und unsere Vorstellungen dann der Öffentlichkeit übertragen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke auch für diesen Beitrag. Ich darf nun als Bürgermeister und als Teilnehmer der gestrigen Runde doch einiges dazu sagen. Meine Damen und Herren! über die S 37 wurde 13 Jahre lang verhandelt. 13 Jahre lang wurden Vorschläge hin- und hergeschoben zwischen Ministerium und Land. Wir haben diesen Wunsch einer leistungsfähigen Einbindung in den oberösterreichischen Zentralraum schon sehr sehr lange deponiert und immer mit Nachdruck vertreten. Die Randlage der Stadt erfordert einfach das. Ich weiß nicht genau, wieviel Variationen ausgearbeitet wurden. Jede Variation ist aufgrund von Widerständen, die es in der Bevölkerung in den Gebieten gegeben hat, durch die diese Straße gehen soll, immer wieder zurückgestellt worden, neuerlich wieder überprüft wurde, ob es nicht eine andere Version gibt. Aufgrund dieses Umstandes haben wir uns bei den Besprechungen und Verhandlungen über das Entwicklungskonzept entschlossen und waren bereit zu sagen, daß wir niemals verzichten auf diese Verbindung, daß wir aber nicht unbedingt auf eine bestimmte Form dieser Verbindung bestehen. Das möchte ich hier ganz deutlich sagen. Es gab hier im Gemeinderat eine sehr breite Diskussion. Ich habe das Gefühl, daß wir mit den Vertretern des Landes - ganz gleich, von welcher Partei - eigentlich ein gutes Gesprächsklima haben. Gestern hat sich dieses Klima erst allmählich gelockert. Ich hatte das Gefühl - und die Teilnehmer werden mir das bestätigen -, daß man uns nicht behilflich sein will. Ich habe das dem Herrn Landesrat bei Tisch gesagt. Ich war ein bißchen schockiert, als gesagt wurde, ja letztlich ist die Stadt Steyr Schuld, daß es dazu nicht kommt. Es ist das eine sehr billige Ausrede, weil wir immer wieder auf die Wichtigkeit dieser Verbindung hingewiesen haben. Aber eine Verbesserung des derzeitigen Zustandes ist unbedingt notwendig. Die allgemeine Verkehrssituation in Steyr in den letzten Jahren führt unbedingt dazu, daß diese Brücke in Münchenholz so rasch als möglich verwirklicht wird. Das ist eine lebensnotwendige Einrichtung geworden für unsere Stadt, die wir mit Nachdruck zu fordern haben. Ich glaube, daß wir mit dieser Formulierung, die wir im Entwicklungskonzept haben, nicht verzichtet haben - es kann ruhig eine Schnellstraße sein, aber es muß nicht unbedingt eine sein - sondern wir haben damit einen Weg gezeigt, daß man Möglichkeiten suchen sollte, hier billiger und ohne so große Probleme diese Lösung herbeizuführen. Das Gefühl habe ich zumindest am Anfang nicht gehabt, daß man diesen unseren Überlegungen entgegenkommt. Die Variante D wurde von uns schon sehr lange vorgeschlagen. Diese Variante D wurde seinerzeit von der Beamtenschaft deswegen nicht in unmittelbare Überlegungen einbezogen, weil wir gesagt haben, man geht da durch ein Naturschutzgebiet sozusagen. Erst eine Ortsbesichtigung am gestrigen Tag hat dann ergeben, daß also dann die Beamten auch gesagt haben, da ist ja unmittelbar die Kläranlage daneben, das kann ja niemals ein Erholungsgebiet sein. Ich glaube aber noch eines. Ich finde, daß es notwendig ist, daß wir diese Brücke ganz vorrangig bekommen. Ich kann mir nicht vorstellen, das müßte aller unser Wunsch sein, und so bitte ich alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, dies mit derselben Vehemenz wie die Mehrheitsfraktion zu vertreten. Es ist für unsere Stadt lebensnotwendig. Ich ersuche, sich bei solchen Dingen als Vertreter der Stadt zu sehen und nicht als ein Vertreter einer Partei. Wir werden das auch beim Bundesministerium mit entsprechendem Nachdruck vorbringen. Dort bin ich Vertreter der Stadt als Bürgermeister. Kollege Fritsch,

ich bitte Dich auch, das im selben Maße zu tun. Ich glaube, daß wir richtig liegen werden, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Dieser Hinweis, daß man sagt, es muß die ganze Straßenführung planungsmäßig fertig sein, das begreife ich auch nicht ganz. Es ist aber eine Trassenführung dieser Brücke durchaus möglich mit einer provisorischen Einbindung in die jetzige Bundesstraße. Ob die Abzweigung 100 oder 200 m vorher oder nachher in die neue Trasse erfolgt, das ist zweitrangig. Wir alle werden uns bemühen, in dieser Richtung alles zu tun. Ich bitte jeden einzelnen Gemeinderat, das zu unterstützen. Es ist jetzt schon 13 Jahre lang verhandelt worden. Wir haben keine Schnellstraße bekommen. Die Überlegungen, die ich jetzt angeführt habe, haben dazu geführt, daß wir gesagt haben, wir wollen eine Möglichkeit eröffnen, aber die Rangordnung ist uns egal. Es muß das eine leistungsfähigere Verbindung sein als das bisher der Fall ist. Ich bitte Euch alle, diese Dinge zu unterstützen. Das ist notwendig und man kann da nicht wieder 3 Jahre warten. Ich darf auch noch mitteilen, daß Kollege Leithenmayr in dieser Richtung mehrmals diesen unseren Wunsch - sogar schriftlich habe ich das mit dem Minister besprochen und die Zusage von dort liegt vor - vorgetragen.

Gemeinderat Rudolf Kern verläßt um 17.30 Uhr die Sitzung.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzter Kollege Fritsch.

Ich glaube, daß niemand hier die Polemik und weniger die Sachlichkeit herausstellen will, sondern ich wollte mit meinem Vortrag das Problem etwas mehr hervortragen. Aber Sie haben selbst bestätigt, daß es unsere vordringlichste Aufgabe ist, den innerstädtischen Verkehr wegzubringen und in der Form der geplanten Nordspange würde es uns bei jenen Straßen und Gebieten gelingen, die bisher schon das größte Verkehrsaufkommen haben. Ich bestätige Ihnen gerne, daß die S 37 damit alleine keine Abhilfe schafft. Das habe ich, glaube ich, gesagt, aber vielleicht zu wenig herausgestellt. Worum es mir aber geht, ist weniger die Polemik oder Sachlichkeit, sondern weniger Formalismus und mehr Daten. Hier liegt die ganze Ursache unseres Unbehagens. Nicht nur ich habe gestern den absoluten Eindruck gehabt, daß man sich formalistische Einwände zurückzieht und ich erwarte mir von meinen Vertretern meiner Landesregierung, meiner Bundesregierung als Österreicher eine Hilfestellung anstehender Probleme. Diesen Eindruck hatten wir gestern gemeinsam nicht in dem Ausmaß, wie es wünschenswert gewesen wäre. Daß dieses Problem so wichtig ist, daß es nicht nur hier in der Aktuellen Stunde angeschnitten wird, sondern auch bei unseren ordentlichen und womöglich auch bei unseren Informationstagungen zur Sprache kommt, scheint ja in den Äußerungen der anderen Redner sichtbar zu werden. Ich darf auch auf die Entscheidung von Kollegen Eichhübl eingehen bezüglich der Verkehrslösung der An- und Abfahrt zum Bauhaus. Zufällig hat die Polizei gefragt, wie das funktioniert. Hier wurde mir bestätigt, daß das nicht ideal ist, das kann es auch nicht sein. Aber es funktioniert und es hat bisher zu keinen größeren Problemen geführt. Allerdings das Abbiegen von der Pachergasse kommend hinein zum Parkplatz ist bei den Gegenverkehr gerade jetzt in der Vorweihnachtszeit sicherlich problematisch. Ich kann aber sagen, daß durch die Normalisierung des Besuches des Bauhauses eine Entspannung schon eingetreten ist, daß es derzeit durchaus vertretbar ist. Es gibt kaum eine bessere. Wir bemühen uns zumindest. Im generellen darf ich aber noch festhalten,

daß wir dieses Problem nicht einfach jetzt wieder diskutieren und weil die Aktuelle Stunde zweifellos dazu Anlaß gibt, so ein Problem zu diskutieren, habe ich es getan und ich bitte Sie um Ihre Unterstützung im Interesse der Bevölkerung, daß das nicht in der Form an uns hängen bleibt, daß die Bevölkerung davon Nachteile hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich glaube, es war wirklich ein wichtiges Thema, das heute hier angeschnitten wurde. Gemeinderat Holub von der ÖVP.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das Thema, meine Damen und Herren, über das ich heute sprechen möchte, schließt sich an die erstgenannte Problematik überschriftsmäßig an. Es geht auch um den Straßenverkehr. Bevor ich im Detail sage, was mir am Herzen liegt, möchte ich noch ein erstes Wort zu der vorangeführten Debatte geben.

Ich glaube, daß es schon ein klein bißchen Andeutung ist an kommende Wahlkampfauseinandersetzungen, wenn man hier in diesem Gemeinderat die Situation nicht so darstellt, als wollten nicht alle Fraktionen das gleiche. Es kann doch überhaupt kein Zweifel sein, daß jede Fraktion das Primat der Nordspange ansetzt. Das kann kein Zweifel sein. Und auch noch so geschickte Polemik sollte hier in der Öffentlichkeit auf taube Ohren stoßen, denn das Bild, das wir als Gemeinderat als Showinstrument darbieten in diesem Fall, sollte die Öffentlichkeit nicht bekommen. Zweifellos Herr Bürgermeister werden alle Fraktionen in ihren Öffentlichkeiten und auch parteiintern alles daran setzen, daß zum Wohl der Stadt die Nordspange in einer vernünftigen Lösung realisiert wird, und zwar möglichst bald. Es war sehr viel Lärm um nichts, d. h. um nichts geht es eigentlich nicht, es geht um sehr viel, aber uns allen um das gleiche. Aus diesem Thema heraus möchte ich zur Sachlichkeit zurückfinden und Sie auch bitten, den Weg zur Sachlichkeit gemeinsam mit mir zurückzugehen.

Herr Stadtrat Pimpl, Sie waren Vorsitzender im Umweltausschuß, wo ich den Vorschlag gemacht habe, den ich jetzt unterbreiten möchte. Durch die extreme Verkehrssituation zu bestimmten Zeiten in der Stadt gibt es an unregelmäßigen Kreuzungen erhebliche Stauungen. Diese Kreuzungen sind frequenzgesteuert, d. h., daß der zufahrende aus der benachbarten Kreuzung kommende Kraftfahrzeuglenker nicht einschätzen kann, wie lange so eine Verweilfrist dort dauern wird. Daher habe ich mir dort erlaubt, den Vorschlag zu machen, dem Beispiel der Stadt Graz Folge zu leisten und bei den Ampeln ein Anzeigegerät anzubringen, woraus ersichtlich ist, in wieviel Sekunden der Kraftfahrer "Grün" bekommt zum Einfahren in die Kreuzung. Die Absicht, die dabei dahinter steckt, wäre die Motivation des Autofahrers, bei längeren Verweilzeiten, die ihm angezeigt werden, den Motor abzustellen. Nachdem ich selbst in einer Gegend wohne, die durch diese Verkehrssituation beeinträchtigt ist, nämlich am Taber vorne bei den Hochhäusern, und die Einbindung Kesselstraße - Porschestraße ist in dem Fall in Mitleidenschaft gezogen. Wir können dort sicher eine Verbesserung der Situation erreichen, wenn wir die Disziplin unserer Bürger unterstützen durch die geeigneten Maßnahmen. Herr Bürgermeister und Herr Stadtrat, ich ersuche Sie, zu überprüfen, wie weit derartige Geräte anbringbar sind an diesen Ampeln verbunden mit dem Hinweis "bitte Motor abstellen, Grünlicht kommt in so und so vielen Sekunden". Technisch machbar wäre es zweifellos, weil bei frequenzgesteuerten Ampelanlagen ja die Umlaufzeit durch den Prozessor aus den Impulsgewerben gespeist wird, vorweg ins Programm gerechnet wird, sodaß

aus dem Programm die Angabe der Grünphase oder des Eintretens der Grünphase technisch herstellbar wäre. Ich bitte, diesen sachlichen Vorschlag zu berücksichtigen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Dazu seitens der SPÖ, Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Herr Kollege Holub, ich habe bereits gestern zu erkennen gegeben, daß ich diesen Vorschlag aufgreife und selbstverständlich prüfen lasse. Ich darf nur einen vorläufigen Einwand vorbringen, der nicht unbedingt von mir ist, aber der mich einigermaßen skeptisch stimmt, daß das realisierbar erscheint, weil die Entfernung von einer Ampel zur anderen so gering ist, daß bestimmte Geschwindigkeiten zwar technisch mit dem Auto erreichbar sind aber aufgrund des permanenten hohen Verkehrsaufkommens diese Geschwindigkeitsillusionen bleiben, weil man nicht schneller als 30 km/h fahren kann.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Sie haben mich falsch verstanden, es geht um die Einmündung in die Straße.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Das weiß ich schon auch. Aber es war auch der Antrag da, diese Geschwindigkeitsanzeige zu bauen, das andere werde ich gerne veranlassen, denn das Motor abstellen soll dazu beitragen, daß die Umwelt weniger beeinträchtigt wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Humer bitte.

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn wir die Geschäftsordnung nicht ganz bezüglich der Aktuellen Stunde einhalten, erlauben Sie mir hier zu diesem Thema, das ja schon gestern im Umweltausschuß besprochen wurde, einiges zu sagen. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, daß mit der ersten Wortmeldung seitens der SPÖ hier das in Zusammenhang gebracht werden kann. Daß diese Lösung sicherlich machbar ist, daß man den Motor abstellt, denn das sagt ja das Straßenverkehrsgesetz, daß man nicht übergebührlischerweise lang den Motor laufen lassen darf. Es ist hier nach dem Kraftfahrzeuggesetz sicherlich möglich, ob das technisch machbar ist, ist eine andere Frage. Wenn Sie gestatten, dann ganz kurz zum Problem Nordspange.

Was mich hier persönlich betrifft ist der Bereich Waldrandsiedlung. Die Waldrandstraße, die seinerzeit für den Hochwasserschutz als Umfahrungsstraße gedacht war, wurde als Umfahrung für die Haratzmüllerstraße in Anspruch genommen. Es hat sich zu einer Rennstrecke hier entwickelt. Wöchentlich gibt es mehrere schwere Unfälle. Letzte Woche war ein Unfall, aus dessen Polizeibericht hervorgeht, daß der Lenker angegeben hat, ja ich bin ja nur gute 80 km/h gefahren. Er war der Meinung, daß er sich auf einer Freilandstraße befindet. Bevor es zu Personenschaden kommt, sollte man hier sofort Abhilfe schaffen, entweder Einführung von Radarkontrollen oder Geschwindigkeitsbeschränkungen bzw. -erhöhungen, da das ja Ortsgebiet ist, auf 60 km/h zu erhöhen, damit man nicht 80 oder 100 km/h fährt. Hier ist man anscheinend der Meinung, daß das eine Freilandstraße ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Dazu bitte Genosse Tremel.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Es war wohl ein Mißverständnis zwischen Kollegen Holub und Kollegen Humer. Es geht nicht um die Ampelsteuerung Blümelhuberberg - Ennsersstraße, sondern vorwiegend um die Einbindung von der Porschesstraße in die Resselstraße. Das, glaube ich, ließe sich sicherlich realisieren, weil dort die Wartezeit zur Ausfahrt auf die Hauptstraße sehr lange ist und da kann man anzeigen zumindest mit dem Hinweis "Bitte Motor abstellen".

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Zu dem Punkt noch Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Kollege Humer, das Thema hat sicherlich Aktualität, die Lösung ist nicht ganz die, die sein kann oder sein wird. Es stimmt, daß diese Straße, die ich selbst täglich mehrmals befahre, mißverständlicherweise zu einer Schnellstraße wird, ohne daß dies die Geschwindigkeit erlaubt. Es ist Ortsgebiet. Interessanterweise passieren diese Unfälle nicht dort in der Regel, wo die höhere Geschwindigkeit gefahren wird, sondern dort, wo man zwar langsamer, aber immer noch zu schnell fährt, da die Straßenverhältnisse vor allem bei Regen oder Eis so sind, daß man leicht aus der Kurve hinausdreht und auf den Parkplatz hineinfällt oder im Zaun hängen bleibt. Dazu ist eines zu sagen, daß das leider Gottes oft alkoholisierte Lenker waren. Das heißt, da hilft mir die beste Regelung nichts, wenn der eine alkoholbeeinträchtigt, der andere aus eigenem Antrieb die Verkehrsrechte nicht beachtet. Ich habe aber Ihre Anregung aufgegriffen, ich habe die Polizei gebeten, mehr als bisher dort vielleicht auch mit Radar zu beobachten. Diese Radarfallen, so wie Sie sie bezeichnen, sind sehr zweischneidig. Ich höre jetzt schon wieder, wenn man das zweite Radargerät kauft und einsetzt, daß man dann dem Bürger das Geld aus der Tasche zieht. Ich bitte Sie, auch diese Seite zu sehen. Ich bin aber absolut Ihrer Auffassung, daß das ein Wohn- bzw. Ortsgebiet ist, daß 50 km/h durchaus ausreichen und wir uns selbst keinen guten Dienst erweisen, wenn wir die Geschwindigkeit hinaufsetzen, weil ich sehe auch die gegenteilige Strömung speziell Seifentruhenumfahrung, wo mit Vehemenz einige Anrainer laufend kommen, wieder verlangen, daß die Verkehrsgeschwindigkeit von 60 km/h auf 50 km/h heruntersetzt wird, obwohl nachgewiesen ist, daß die 60 weniger überschritten werden als die 50 und Kollege Radler wird das bestätigen können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. FPÖ-Fraktion hat ein neues Thema.

Herr Gemeinderat Humer verläßt um 17.50 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte heute im Rahmen der Aktuellen Stunde ein Thema, das nicht nur in Österreich, sondern notwendigerweise in der ganzen Welt diskutiert wird, in die Gemeindestube miteinbeziehen, sozusagen unter dem Motto "global denken, lokal handeln". Es handelt sich um das Thema bleifreies Benzin und die dazugehörigen Katalysatoren. Gott sei Dank ist in letzter Zeit in dieser Diskussion trotz sehr vieler Verunsicherungen und Aussagen eines klar und deutlich zum Ausdruck gekommen,

daß eine Verbesserung in der Abgasfrage bei Benzinbetriebenen Fahrzeugen nur eine Verbesserung in 2 Grundetappen möglich sein wird. Die erste Etappe bezieht sich auf die flächendeckende Versorgung mit bleifreiem Benzin deswegen, weil es bereits Hunderttausende Fahrzeuge gibt, die seit Jahren von den Herstellern mit Motoren ausgestattet sind, die bleifrei fahren können. Dies erscheint mir deshalb so wichtig zu sein, weil die Frage der Katalysatoren nur in zweiter Stufe zu klären möglich sein wird und sozusagen das Fahren mit bleifreiem Benzin die erste Übergangslösung darstellen kann. Ich bitte daher Dich Herr Bürgermeister und die zuständigen Referenten, mit kompetenten Leuten der Mineralölfirmen zu verhandeln bzw. zum Ausdruck zu bringen, daß auch die Stadt Steyr daran sehr interessiert ist, bleifreies Benzin erhalten zu können und in weiterer Folge sollte auch die Stadt Steyr beispielgebend vorangehen, die Fahrzeuge soweit als möglich mit bleifreiem Benzin aufzutanken. Es scheint mir dies doch - obwohl viele Leute anderer Meinung sind - von besonderer Wichtigkeit zu sein, denn es gibt nur zwei Ausbaustufen und es gibt bereits sehr viele Motoren, die bleifrei betrieben werden können. Daher nochmals die Bitte, mich bei dieser Angelegenheit zu unterstützen. Ich habe auch die Bitte an die zuständigen Referenten gerichtet, hier beispielgebend voranzugehen. Ich danke Ihnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Die Versorgung mit bleifreiem Benzin ist sicherlich eine Aufgabe der Mineralölverwaltungen. Sofern wir hier Einfluß nehmen können - es ist dies ein österreichweites Problem - werden wir die entsprechenden Interventionen gerne vornehmen, daß auch die Steyrer die Möglichkeit haben, sich dieser Einrichtungen zu bedienen. Das wird sicherlich noch eine Weile dauern, bis diese Tank- und Zapfstellen entsprechend vorhanden sind.

Zu dem Punkt Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich spreche nicht über ein internationales Problem, sondern ich kehre wieder zurück zu einem Problem der Stadt. Es wäre ganz gut, wenn so mancher vom Gemeinderat Stellung genommen hätte zu dieser Frage. Das ist nicht die Frage, die ich stelle, sondern die Frage der Notwendigkeit eines Notarztwagens, die ich ja hier im Gemeinderat schon sein vielen Jahren gestellt habe. Diese Forderung wurde bereits im Jahre 1983 erfüllt anlässlich des 75jährigen Jubiläums unserer Roten-Kreuzstelle. Es wurde ja seitens der Stadt ein Ambulanzwagen um den Preis von S 600.000,-- angekauft und auch dem Roten Kreuz von Herrn Stadtrat Zöchling hier am Stadtplatz übergeben. Aber schon damals habe ich kritisiert, daß es nicht nötig war, gleichzeitig mit diesem Ankauf mit der Zurverfügungstellung dieses Ambulanzwagens auch die notwendigen Ärzte bereitgestellt werden. Ich habe auch damals schon ersucht, daß sich der gesamte Gemeinderat der Stadt beim zuständigen Landespolitiker Herrn Hofrat Possart einsetzt, daß auch zu dem angeschafften Ambulanzwagen auch die notwendigen Ärzte gehören und daß diese zur Verfügung gestellt werden. Ich schneide das Problem aus einem bestimmten Grund an, nämlich aufgrund der letzten schweren Unfälle in unserer Stadt. Sie kennen sie aus der Steyrer-Zeitung, daß am Plenkberg ein schwerer Verkehrsunfall war und daß es auch zu einem tödlichen Unfall gekommen ist in der Sporthalle. Beide zeigen wieder, wie notwendig der

Einsatz von Notärzten mit unserem Spezialambulanzwagen, vor allem schnell und rechtzeitig helfen zu können, ist. Ich erlaube mir, anlässlich der Werbungsfeierlichkeiten von Landeshauptmann-Stellvertreter Hofrat Possart hinzuweisen, wie notwendig die Einstellung von Notärzten ist. Ich möchte sagen, er versprach mit in Gegenwart von Stadtrat Zöchling und anderen Gemeindevertretern, die Frage zu prüfen und er sagte wörtlich, dieses Problem unbürokratisch zu lösen. Wir sollten doch offiziell an Landeshauptmann-Stellvertreter Possart als Ehrenringträger auch nach den Feierlichkeiten herantreten, daß er diesem Verlangen der Bevölkerung und der Stadt nachkommt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Zöchling als Referent.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Verehrte Herren Bürgermeister, werte Kollegen des Gemeinderates! Auch ich wollte dieses Problem bei der Fragestunde anschneiden, weil es tatsächlich sehr sehr schwierig ist in Steyr, einen Notarzt überhaupt zu bekommen. Ich muß auch Dir, Vizebürgermeister Fritsch, danken, daß Du diese Gelegenheit beim Landeshauptmann-Stellvertreter Possart ausgenützt hast. Eine Voraussetzung, daß wir überhaupt einen Notarzt installieren können, ist der direkte Telefonanschluß an das Krankenhaus. Der Landeshauptmann-Stellvertreter hat uns sofort zugesagt und wird nächste Woche installiert. Wir haben einen Notarzteinsatzdienst in Steyr, aber der endet am Plenkberg, d. h., wenn eine Rettung ausgeführt wird, auch der Notarzt, der sich wöchentlich abwechselt, angepiepst und er kann zur Unfallstelle fahren. Er kommt natürlich nie dort hin. Also wenn im Münichholz ein Unfall passiert, dann wird kein Notarzt von der Stadt Steyr dort hinfahren. Das ist sicherlich ein Zustand, der jetzt schon geregelt werden muß, bevor ein richtiger Notarzteinsatzdienst über das Krankenhaus durchgeführt wird. Die Ärzte haben eine Vereinbarung, daß sie nach Münichholz nicht mehr fahren. Da müßte man mit dem Chef der Ärzte in Steyr doch einmal über die Gemeinde sprechen, daß sich die Ärzte vom Münichholz und auch von der Stadt zusammenschließen und daß tatsächlich ein sogenannter provisorischer Notarzteinsatzdienst installiert wird. Unsere Ärzte machen es sich sehr leicht. Sie haben durch ihren Neid sehr viele Vorteile bekommen, aber daß sie auch Verpflichtungen gegenüber den Menschen haben, an das denken sie anscheinend nicht. Ansonsten wäre der eine Fall gar nicht passiert. Der Arzt hat es prinzipiell abgelehnt, daß er dorthin fährt. Der Rettungsfahrer wollte dann eine Verbindung haben, daß er beim Kreisverkehr wartet und dann die Infusion während der Fahrt noch gibt. Auch das hat dieser Arzt abgelehnt. So kann man den Ärztedienst in unserer Stadt nicht machen. Es waren jetzt zwei Fälle im Münichholz, wo der Ärztedienst regelrecht versagt hat. Das möchte ich dazu gesagt haben. Wenn es uns gelingt, diesen Notarzteinsatzdienst über das Krankenhaus zu bekommen, dann wäre sicherlich der ganzen Bevölkerung gedient.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Dazu Kollege Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ganz geschwind, ich weiß, daß die Zeit verstrichen ist und Kollege Schwarz auf Nadeln sitzt. Ich glaube aber trotzdem, zum Thema etwas sagen zu müssen. Ich würde nicht dazu neigen, Verallgemeinerungen in bezug auf die Laxheit der Ärzte hier zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, der Großteil der Ärzte erfüllt die Pflicht der Bevölkerung

gegenüber getreu ihren Eid. Ich glaube, jeder von uns hat schon mit Ärzten in einer ersten Situation zu tun gehabt. Wir werden natürlich versichern, dies mit dem Vizepräsidenten der Ärztekammer, Dr. Honsig, zu regeln und zu klären, daß diese Revierabgrenzungen - um die geht es ja in erster Linie - etwas aufgelockert werden. Da ist auch die Hilfsmaßnahme das Primäre und nicht die Zuständigkeit. Kollege Zöchling und ich haben mit Landeshauptmann-Stellvertreter Possart gesprochen und ich muß sagen, daß es gar nicht so einfach ist, aus dem jetzigen Ärztepersonal im LKH Steyr einen Notarzt zu rekrutieren, den extra zu installieren, das muß man erst. Wenn er im Ärztebestand beinhalten ist, dann ist er entweder in der Unfallchirurgie oder gerade anders wo tätig, da kann man ihn nicht deswegen, nur weil er Notarzt ist, wegrufen. Aber eines ist klar, wenn es uns gelingen wird und es zeichnet sich ja eine Regelung zumindest verbal an, daß man auch diese zusätzliche Lebensrettungsmaßnahme in Steyr installiert. Soweit möchte ich zur Sachlage beitragen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Entschuldigung Herr Bürgermeister. Ich möchte noch einen Satz noch dazu sagen. Alles was im Zusammenhang mit dem Notarztwagen gesagt wurde, kann ich nur mit aller Deutlichkeit und Ernsthaftigkeit unterstreichen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke, ich darf versichern, daß die Anregung, die Kollege Zöchling in einer sehr drastischen Form hier untermauert hat, die Anregung eines Gespräches mit dem Vertreter der Ärzte aufzugreifen ist. Ich werde ihm diese Umstände vortragen und als Vertreter der Stadt diese Verhandlungen führen. Meine Damen und Herren, wir sind mit einiger Verzögerung zum Ende der Aktuellen Stunde gekommen. Danke für die sachlichen Diskussionen. Ich darf Ihnen noch mitteilen, daß Sie heute Beschlüsse im Gesamtausmaß von S 10,189.000,-- gefaßt haben. Damit darf ich die Sitzung schließen.

Ende der Sitzung: 17.55 Uhr

DER VORSITZENDE:

Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.

Dr. Gerhard Alphasamer e.h.

VB Winklmayr Eveline e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Walter Heumann e.h.

Karl Hochrathner e.h.